

Bezugspreis: Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2.40 Goldmark vorwärts zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheinprovinz, Ostpreußen, Litauen, Kurland, Lettland 4.50 Goldmark, für das übrige Ausland 5.50 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siedlung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einspaltige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamazeile 1.- Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflöflich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenangebote das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Warte über 15 Buchstaben zahlbar für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Reile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark — ein Dollar artetill durch 4,20.
Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Sonntagsgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Döndorf 292-295
Verlag: Döndorf 2506-2507

Dienstag, den 21. Oktober 1924

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Volksscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Devotienstraße Lindenstraße 3

Aufgelöst!

Der Bürgerblock in Scherben. — Die Entscheidung beim Volk.

Amlich wird 8 Uhr 11 Minuten mitgeteilt: Der Reichspräsident hat nachstehende Verordnung erlassen: „Parlamentarische Schwierigkeiten machen die Beibehaltung der gegenwärtigen Reichsregierung und gleichzeitig die Bildung einer neuen Regierung auf der Grundlage der bisher befolgten Innen- und Außenpolitik unmöglich. Auf Grund des Art. 25 der Reichsverfassung löse ich deshalb den Reichstag auf.“
Berlin, den 20. Oktober 1924.

Der Reichspräsident. gez. Ebert.
Der Reichkanzler. gez. Marx.

Die Entscheidung des Kabinetts.

Das Reichskabinetts trat um 6 Uhr in der Reichskanzlei zu der entscheidenden Sitzung zusammen. Nach kurzer Sitzung beschloß es, beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags zu beantragen, nachdem zuvor der Abgeordnete Koch dem Reichskanzler die ablehnende Antwort der Demokraten mitgeteilt hatte.

Die Reichsregierung teilte ihren Beschluß der Öffentlichkeit in folgender amtlichen Kundgebung mit:

„Die Bemühungen des Reichskanzlers, die jetzige Reichsregierung zu erweitern, um ihr eine sichere Mehrheit im Reichstag zur Fortführung der bisherigen Politik zu verschaffen, sind endgültig gescheitert. Daraus hat der Reichskanzler, da sich ein anderer gangbarer Weg nicht zeigte, in Übereinstimmung mit dem gesamten Reichskabinetts beim Reichspräsidenten die Auflösung des Reichstags beantragt, um dem Volke Gelegenheit zu geben, eine solche Mehrheit zu schaffen. Der Reichspräsident hat dem Antrag des Reichskanzlers entsprochen.“

Drauf und dran!

Es lebe die Sozialdemokratie!

Die Kunde von der endlich vollzogenen Auflösung des unmöglichen Reichstags vom 4. Mai wurde schon gestern abend durch ein Eigrabblatt des „Vorwärts“ in der Bevölkerung Berlins verbreitet. Sie rief überall Genugtuung, in den Kreisen unserer Parteigenossen geradezu Jubel hervor. Man empfindet diese Auflösung als einen Sieg der Vernunft und des Rechts, wie sie während des ganzen Verlaufs dieser erbärmlichen Krise von der Sozialdemokratie unermüdlich gepredigt wurden, und damit als einen Sieg der Sozialdemokratie selbst.

Schon längst war es klar, daß es nur zwei Möglichkeiten gab. Kam die Auflösung nicht, dann kam der Bürgerblock.

Der Bürgerblock, das war die Proklamierung des Klassenkampfes von oben. Das war die Diktatur des Kapitals. Das war der Hochschuhzoll, die steuerliche Privilegierung des Besitzes und die schonungslose Belastung der breiten Massen durch Lohndruck, Lebensmittelverteuerung und Verlängerung der Arbeitszeit. Der Bürgerblock, das war die Legitimierung, die Krönung des schmutzigen Handels vom 29. August, der Triumpf der politischen Unmoral.

Die Bildung einer Bürgerblockregierung wäre eine Schmach für das deutsche Volk gewesen. Dieser Schmach ist es entgangen, und nun ist es berufen, selbst zu urteilen! Die Wahlen müssen so ausfallen, daß den Vertretern des Besitzes ein für allemal die Luft vergeht, eine Regierung gegen die Republik und gegen die breiten Massen des arbeitenden Volkes aufzurichten.

Dazu ist vor allem notwendig, daß die Deutschnationalen entscheidend geschlagen werden. Man müßte an der Vernunft des Volkes verzweifeln, wenn man nicht glauben würde, daß dieses Ziel jetzt zu erreichen ist. Die Deutschnationale Partei hat sich vor den Augen des ganzen Volkes selbst gerichtet. Sie hat es in dem Augenblick getan, als die Hälfte ihrer Reichstagsfraktion am 29. August mit der roten Reintarte in der einen Hand, mit der anderen Hand die weiße Scharke für das Eisenbahngesetz abgab. Sie hat sich selbst gerichtet, als Herr Hergl, selber dem Scheine nach ein Reinsager, die 48 Ja-Stimmen für vier Ministerposten auf das Dugend eines — an die Herren Zapp und Curtius von der Volkspartei verhandelte. Sie hat sich obendrein durch ihr brutales Eintreten für neue Brotzölle — in einer Zeit, in der das deutsche Brot ohnehin schon schlechter und teurer ist als fast jedes andere — vor den Massen der städtischen Verbraucher rücksichtslos demaskiert.

nalen in hellen Haufen nachgelaufen sind, müssen jetzt gefragt werden, ob sie noch einmal denen ihre Stimme geben wollen, die nach dem vergänglichem „Sieg“ am 4. Mai drauf und dran waren, ihren Kindern das Brot zu nehmen.

Die Deutschnationalen gehen in diesen Wahlkampf mit gebrochener Front und mit gebrochenem Rückgrat. Sie werden in ihrer Angst und ihrer Verzweiflung einen Wahlkampf führen, der an schmutziger Demagogie alles bisher Erlebte in den Schatten stellen wird. Es wird ihnen nichts nützen.

Darüber darf man sich freilich nicht täuschen: Es gibt breite Gefilde des platten Landes, in denen der Kampf für die

Reichstagsfraktion und Parteiauschuß.

Tagung am Mittwoch Vormittag.

Wegen der Auflösung des Reichstags findet die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion am Mittwoch, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr, im Fraktionszimmer 25 des Reichstages statt. Gleichzeitig tagt der Parteiauschuß, dessen Mitglieder ohne besondere Einladung ebenfalls zu dieser Sitzung erscheinen müssen.

Wahrheit schwer sein wird. Dort werden sich die Deutschnationalen zum Teil noch halten können. Desto notwendiger wird es sein, sie aus den übrigen Teilen des Reiches, vor allem aus den industriellen und städtischen Gebieten so gründlich wie möglich hinauszufegen.

Aber auch die „Volkspartei“ der Herren Stresemann, Curtius und Zapp verdient keine bessere Behandlung als die Deutschnationale Partei. Für sie muß es heißen: Mitgefangen, mitgehängt! Sie war es, die das schmutzige Geschäft am 29. August entrierte; sie war es, die trivolerweise die ganze Regierungskrise herbeiführte, indem sie die expresserische Erklärung abgab, ohne die Deutschnationalen werde sie nicht mehr als Regierungspartei vor den Reichstag treten, sondern ihre Mitglieder aus der Regierung zurückziehen und damit das Kabinetts Marx sprengen. Auch in allen Fragen der inneren Lastenverteilung hat sie sich als die getreue Helferin der Deutschnationalen erwiesen. Soll der Bürgerblock ein für allemal zerfallen werden, dann darf die Volkspartei nicht gewinnen, was die Deutschnationalen verlieren werden.

Die Demokraten waren die einzige bürgerliche Partei, die den Bürgerblock klar und entschieden ablehnte. Das Zentrum hat dagegen eine viel weniger klare Haltung gezeigt. Wie scharf die Gegensätze in seinem Innern sind und wie stark sich reaktionäre und kapitalistische Einflüsse auch hier geltend machen, ist in den unerquicklichen Verhandlungen der letzten Tage deutlich in Erscheinung getreten.

Die Parteien der äußersten Rechten und der äußersten Linken befinden sich in Zerfahrung. Es mag sein, daß den Nationalsozialisten manche nationalistische Stimmen zugute kommen werden, die sich von den Deutschnationalen abwenden; nur dieser Konjunkturgewinn kann die Lubendorff-Partei vor der Vernichtung retten, aber ihren Zerfall wird er nicht aufhalten können.

Was die Kommunisten noch zu melden haben, wird sich zeigen. Auch ihnen stehen zweifellos starke Verluste bevor. Auch bisher unaufgeklärte Arbeiterschichten beginnen zu begreifen, daß Kindertrompetenkonzerter im Reichstag und Revolutionärspropheten, die niemals eintreffen, nicht geeignet sind, ihre Lage auch nur im geringsten zu verbessern.

Die Kapitalisten — auch darüber geht allmählich auch schon dem Dummsten ein Licht auf — sehen zehnmal lieber Kommunisten im Reichstag als Sozialdemokraten, denn sie wissen, daß die Kommunisten ihnen ganz ungefährlich sind. Indem sie die Arbeiterfront zerplündern, betreiben die Kommunisten nur die Geschäfte des Kapitals. Das einzige, was die Scharfmacher und Herren im Hause fürchten, das ist eine große starke sozialdemokratische Partei.

Weil die besitzenden Klassen wissen, daß bei den Wahlen die Sozialdemokraten gewinnen, die Kommunisten verlieren werden, darum haben sie sich solange gegen die Auflösung gesträubt.

Die Sozialdemokratie tritt mit scharfem Schwert und reinem Schild in diesen großen Kampf ein. Zwischen ihr und den reaktionären Bürgerblockpolitikern steht die Entscheidung.

Das ganze deutsche Volk hat über die ewigen Regierungskrisen, über die nie endenden Verhandlungen zwischen den Parteiführern, den schmutzigen Handel um Ministerplätze geklagt und gestöhnt. Aber das Volk hat an diesen Zuständen selbst schuld, weil es bisher nicht verstanden hat, daß

es sinnlos ist, die Stimmen auf zahllose kleine Parteien zu zerplündern, daß es gilt große Parteien zu schaffen und zwischen großen Parteien zu entscheiden.

Wer den Deutschnationalen zur Herrschaft verhelfen will, mag deutschnational wählen! Aber wer verhindern will, daß die Deutschnationalen zur Herrschaft kommen, der muß sozialdemokratisch wählen!

Diese Wahlen müssen eine Etappe sein zur Erringung einer sozialdemokratischen Mehrheit im Deutschen Reichstag. Das nächste Ziel, dessen Erreichung wir für ganz selbstverständlich halten, ist, daß die Sozialdemokratie wieder zur weitaus stärksten Fraktion wird. Wenn diesmal erreicht wird, daß die sozialdemokratische Fraktion etwa doppelt so stark wird wie die deutschnationale, dreimal so stark wie die kommunistische und ebenso stark wie die beiden nächststärksten Fraktionen zusammen — und dies alles scheint uns nicht unmöglich — dann dürfen wir mit unserem Erfolg zufrieden sein.

Nicht gleichgültig ist es aber auch für uns als Sozialdemokraten, wie es auf den übrigen Bänken des Reichstags, außerhalb der sozialdemokratischen ausseht. Denn es gibt keine Erlösung von der ewigen inneren und äußeren Krise, wenn der Reichstag der Deutschen Republik nicht eine republikanische Mehrheit bekommt, die allen monarchistischen und sozialreaktionären Umtrieben entschlossenen Widerstand leistet.

Und nun heißt es für uns alle an die Arbeit! Der elende Reichstag vom 4. Mai, diese im Fieberwahn der Inflation entstandene Mißgeburt, existiert nicht mehr. Der Bürgerblock liegt in Scherben, ein Alb ist von uns genommen!

Alles, was in Deutschland frei geblieben ist, hat das Ende dieses Reichstags herbeigeführt. Unsere Parteigenossen im Lande haben seine Auflösung stürmisch gefordert. Nun ist sie da, der Weg ist frei, und es heißt: Vorwärts!

Neuwahl auch in Preußen!

Da der Geschäftsordnungsausschuß des Preussischen Landtags in der vergangenen Woche einstimmig beschlossen hatte, im Falle einer Auflösung des Reichstags die am nächsten Preußenwahlen zusammen mit den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen, unterliegt es keinem Zweifel, daß, nachdem nunmehr die Würfel im Reiche gefallen sind, auch der Preussische Landtag ein vorzeitiges Ende erreicht. Alle Parteien des Preussischen Landtags sind sich einig, die Wahlen im Reich und in Preußen gemeinsam stattfinden zu lassen, schon um die den Parteien entstehenden hohen Kosten zu vermindern und einer Wahlmüdigkeit der Wähler vorzubeugen.

Der Wahltermin.

Der Wahltermin ist noch nicht festgesetzt. Das Reichsministerium des Innern hat festgestellt, daß zur technischen Vorbereitung der Wahl vier Wochen erforderlich sind. Der späteste verfassungsmäßige Termin ist der 14. Dezember. Als Wahltermin wird der 16. oder 23. November in Betracht kommen.

Die letzten Verhandlungen.

Die demokratische Fraktion des Reichstages beendete ihre Besprechungen um 5 Uhr nachmittags. Nach der Sitzung begab sich der Vorsitzende der Fraktion, Abg. Koch, zum Reichskanzler, um diesem die Antwort der Fraktion auf die Anfrage des Reichskanzlers mitzuteilen.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion versammelte sich wieder um 6 Uhr, ging dann aber ohne weitere Erörterung sofort wieder auseinander, da sie keine Veranlassung habe, auf die Beschlüsse der demokratischen Fraktion oder sonst auf irgendwelche Beschlüsse zu warten. Die Fraktion tritt am Dienstag um 12 Uhr mittags wieder zusammen. Auf den Brief des Reichskanzlers ist infolgedessen eine Antwort erfolgt, als noch eine Rückfrage an den Reichskanzler gestellt wurde.

Das Reichskabinetts tagte ab 6 Uhr in der Reichskanzlei.

Die Ablehnung der Demokraten.

Der entscheidende Beschluß der Demokraten hat folgenden Wortlaut:

„Die Deutsche demokratische Fraktion hat wiederholt erklärt, daß nicht der geringste Grund für die Herbeiführung einer Regierungskrise vorgelegen hat. Wenn der Herr Reichskanzler sich entsprechend dem Geist der Verfassung entschloß, unbekümmert um die schwankende Haltung einzelner Fraktionen mit dem jetzigen Kabinetts vor dem Reichstag zu treten, so würde dies Kabinetts vor dem Reichstag ein glattes Vertrauensvotum erhalten.“

Die schäbhere außenpolitische Gefahr, die mit der Einbeziehung der Deutschnationalen in das

Rabineff bei ihrer unsicheren außenpolitischen Haltung verbunden ist, hat die deutsche demokratische Fraktion wiederholt zu dem Beschlusse veranlaßt, eine einseitige Erweiterung des Kabinetts noch rechts nicht mit ihrer Verantwortung zu decken. Die geplante Zusammenfassung des neuen Kabinetts, in das auch Deutschnationalen berufen werden sollen, die sich dem Dawes-Gutachten gegenüber ablehnend verhalten haben, haben die deutsche demokratische Fraktion in ihrer Haltung nur bekräftigt.

Doch die Fraktion, die dafür eintritt, das jetzige Kabinett in seiner Gesamtheit zu erhalten, ihre Zustimmung dazu gäbe, ein Mitglied ihrer Fraktion in einem ohne sie neu gebildeten Kabinett zu befragen und daß sie durch einen derartigen halbem Beschluß unklare Verantwortlichkeiten schaffe, ist ein Verlangen, dem die Fraktion nicht entsprechen kann.

Die Ueberbringung des Auflösungsdekrets.

Staatssekretär Braht hat dem Reichstagspräsidenten das Auflösungsdekret überreicht. Dieses wird sofort gedruckt und sämtlichen Reichstagsabgeordneten zugestellt werden. Mit der Auflösung des Reichstags haben auch sämtliche Ausschüsse des Reichstags ihre Arbeiten beendet. Auch der Aufwertungsausschuss tritt daher nicht mehr zusammen. Die Fraktionen lagen ebenfalls als Fraktionen nicht mehr. Der Präsident wird aber ihrem Zusammenritt kein Hindernis in den Weg legen, indem er sie als Vertrauensleute der Parteien betrachtet.

Der Inflations-Reichstag.

Der Reichstag, der am 4. Mai gewählt wurde, hat nur eine Lebensdauer von 169 Tagen gehabt. Die wenigen Sitzungen, die er abgehalten hat, haben seine Arbeitsunfähigkeit erwiesen. Zu fruchtbarer und erster gesetzgeberischer Arbeit ist er nicht gekommen. Seine Zusammenkunft spiegelt die geistige Verwirrung der Inflationszeit wieder. Die Wahlen am 4. Mai hatten folgendes Ergebnis:

	Mandate	Stimmen
Nationalsozialisten	32	1 924 018
Deutschnationale	4	337 943
Deutschnationale	106	5 718 543
Wirtschaftspartei	15	1 265 074
Volkspartei	44	2 700 447
Bayerische Volkspartei	16	946 649
Zentrum	85	3 921 206
Demokraten	28	1 658 076
Sozialdemokraten	100	6 014 372
Kommunisten	62	3 746 643

Die größere Mandatsziffer der Deutschnationalen gegenüber den Sozialdemokraten erklärt sich aus der späteren Hineinnahme reaktionärer Splitter in die deutschnationale Fraktion.

Wegen dieser Parteien traten eine große Anzahl von Splitterparteien auf — ein Zeichen politischer Disziplinlosigkeit und Verwirrung, die nur durch die Nachwirkung der Inflation zu erklären war.

Bei dieser Wahl darf es keine Zerspaltung, keine Disziplinlosigkeit mehr geben. Nicht um kleine Sonderinteressen, sondern um große Entscheidungen geht es!

Erstes Echo aus dem Reich.

Hannover, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten, die heute, Montagabend, in Hannover bekannt wurde, löste in allen Kreisen der Bevölkerung die höchste Spannung aus. In der Stadt veränderten sich die von großen Menschenansammlungen umstandenen waren, das Ereignis. In verschiedenen Theatern und Kinos wurde die Auflösungsmedien der Vorstellung noch bekanntgegeben. Bei den republikanisch gesinnten Männern und Frauen fand diese Wendung der Dinge freudige Zustimmung. Besonders wirkungsvoll kam dies zum Ausdruck in einer von Tausenden von Personen besuchten Festeranstaltung der Ortsgruppe Hannover des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in den Sälen des Volkshauses. Der Redner Rasoff betonte dort

nach Bekanntgabe der Meldung, daß nunmehr das Volk zu entscheiden habe, ob es sich das gierige Streben der monarchistischen Reaktion, das den Regierungswechsel zu einem schmutzigen Geschäft machen wollte, gefallen lassen wolle. Nicht endenwollender Beifall lohnte die Ausführungen des Redners.

Prophet Tirpitz.

Deutschnationale Angst vor den Neuwahlen.

Abrechnung mit den Deutschnationalen ist die Forderung der Stunde! Zitternd gehen sie in den Wahlkampf. Die Auflösung des Reichstags, das Urteil des Volkes haben sie gefürchtet. Deshalb der Umsfall vom 20. August, deshalb der erbärmliche Schacher um ihre Befinnung und ihre Grundzüge! Aus schlotternder Furcht vor der Sozialdemokratie haben sie der Welt das erbärmliche Schauspiel vom 29. August geliefert. Nun müssen sie in den Kampf, den sie scheuten!

Gestern noch glaubte Herr von Tirpitz sich und seine Freunde sicher vor der Abrechnung. Er flatierte seinem Wahlkreis Oberbayern-Schwaben in den letzten Tagen wieder einmal einen Besuch ab und erörterte vor einem kleinen geladenen Kreis in einem Münchener Hotel die Richtlinien, die ihn und einen Teil seiner Freunde veranlaßt hätten, im Reichstag für das Dawes-Abkommen zu stimmen. Einleitend betonte Tirpitz, daß er kein Parteimann im engeren Sinne sei und die Dawes-Gesetze, zumal in ihrer verschlechterten Gestalt, wie sie in London beschlossen wurden, für völlig undurchführbar halte. Wenn er trotzdem zugestimmt habe, so deswegen, weil durch die Ablehnung der Gesetze der Reichstag aufgelöst und dabei der Sozialdemokratie die denkbar beste Wahlparole geschaffen worden wäre. Damit wäre einer roten Mehrheit in den Sattel geholfen worden, wahrscheinlich auf lange Jahre. Das mußte unter allen Umständen verhindert werden. Das deutschnationale Täuschungsmanöver mit den Stimmgeldern sei notwendig gewesen, weil die Sozialdemokraten entschlossen waren, durch Abkommandierung von 30 bis 35 ihrer Parteigenossen bei der Abstimmung die Dawes-Gesetze unter allen Umständen zu Fall zu bringen. (Wie oft soll diese gemeine Verleumdung wiederholt werden?) Schließlich teilte Tirpitz noch mit, daß er mit aller Energie für den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung eintrete, weil die Dawes-Gesetze in der Hand der bisherigen Regierung zu einer schweren Gefahr für Deutschlands Zukunft werden müßten.

Heute müssen die Deutschnationalen der Abrechnung ins Gesicht sehen. Unfreiwillig hat ihnen Tirpitz in entscheidender Stunde die heuchlerische Maske abgerissen. Sie wollten Deutschland regieren, obgleich sie wußten, daß eine Neuwahl ein Volksurteil gegen sie sein würde, sie wollten nach dem Eingeständnis von Tirpitz das Dawes-Gutachten sabotieren, die bisherige Außenpolitik durchkreuzen.

Belastet mit der Schmach des Befinnungschachers, belastet mit der Schande der politischen Heuchelei, belastet mit dem Geständnis von Tirpitz gehen sie in die Wahl. Unsere Antwort auf Tirpitz ist, seine Prophezeiung wahrzumachen: rote Hochflut gegen die Deutschnationalen und den Bürgerblock!

Kampf dem Brotwucher!

Die Erfolge Ranißcher Ernährungspolitik.

Der Reichstag ist aufgelöst. Er hat eine wichtige Frage ungeklärt hinterlassen. Bei den Neuwahlen wird das Volk darüber entscheiden, wie die Wirtschafts- und Ernährungspolitik des Reiches gehandhabt werden soll. Was das Kabinett Marx auf diesem Gebiet geleistet hat, gab einen Vorgeschmack vor dem, was das deutsche Volk von einer Regierung des Bürgerblocks zu erwarten hat. Der Ernährungsminister Graf Raniß sah ja seine Hauptaufgabe darin, die Interessen der politisch eingestellten Kreise des Reichs-

Landbundes in der Regierung zu vertreten. Seine ganze Tätigkeit war darauf zugeschnitten.

Am 27. Juni, dem Tage, an dem König die Schutzhollerei aufgehoben, kostete der Roggen in Berlin rund 120 M. je Tonne. Der Preis hat sich mittlerweile zeitweilig nahezu verdoppelt und beträgt nach einem kleinen Rückschlag gestern 224,50 Mark je Tonne, also über 100 M. mehr als vor vier Monaten. Wie kam das?

Nachdem das Ergebnis der neuen Ernte bekannt war, hat das Reichsernährungsministerium die Ausfuhr von Getreide teilweise freigegeben, um die Inlandspreise auf die Höhe der Weltmarktpreise zu bringen. Bald aber stellte sich heraus, daß die deutsche Ernte an Brotgetreide ungewöhnlich schlecht ausgefallen war, daß ferner auch das Erntergebnis der übrigen Staaten weit hinter den Erträgen der vorangegangenen Jahre zurückblieb. Schon aus diesem Grunde mußten die Getreidepreise am Weltmarkt und im Inland steigen. Die Ausfuhrfreiheit für Getreide hatte den Erfolg, daß dem deutschen Volke 80 000 Tonnen Getreide entzogen wurden, obwohl es dieses jetzt dringend notwendig braucht. Der Export erfolgte aber zu Preisen, die weit unter den heutigen Preisen lagen, so daß das Geschäft, das dem internationalen Getreidehandel zugute kam, dem deutschen Volke einen Verlust von mehr als 1 Million Goldmark einbrachte. Der starke Getreidebedarf Deutschlands aber bewirkte, daß deutsche Importeure eine sehr starke Nachfrage im Ausland erfaßten. So wurden die Weltmarktpreise künstlich weiter in die Höhe getrieben. Und es war die merkwürdigste Erscheinung, die der deutsche Getreidemarkt seit Jahrzehnten erlebt hat, daß der an Qualität wesentlich schlechtere Roggen zeitweilig in Berlin teurer war als der viel bessere Weizen!

Die Rückwirkung auf den Brotpreis konnte nicht ausbleiben. Schon im September verzeichnete das Statistische Reichsamt eine Erhöhung des durchschnittlichen Brotpreises in Berlin, der zwar pro Kilogramm nur 1/2 Pf. ausmachte, immerhin für den großen Teil der auf Kurzarbeit oder Erwerbslosenunterstützung angewiesenen Proletarier empfindlich genug war. Der Brotpreis ist inzwischen weiter gestiegen. Das kommt nicht so sehr in dem Preis für Einheitsbrot zum Ausdruck, der nahezu unverändert geblieben ist. Aber die Bäcker, die die erhöhten Weizenpreise zahlen müssen, wenden das aus den Kriegsjahren beliebte Mittel an, um die Mehrkosten des Mehles auszugleichen: sie verringern das Brotgewicht oder sie setzen dem Getreidemehl das billigere Kartoffelmehl zu. Teureres Brot und schlechteres Brot sind schon die bisherigen Erfolge der landbundesfreundlichen Ernährungspolitik des Grafen Raniß.

Wenn diese ganze Entwicklung im Interesse der Landwirtschaft notwendig gewesen wäre, ließ sich dagegen nicht einmal viel sagen. Tatsächlich aber hat von dieser Preiserhöhung nur ein ganz kleiner Teil der Landwirte überhaupt Nutzen gezogen, unter ihnen natürlich in erster Linie die Großgrundbesitzer. Der größeren Vorteil aber hatte der Getreidehändler, der sich in der Voraussetzung der Zölle rechtzeitig mit Getreide eindeckte, um es dann später, nach Einführung der Zölle, um so vorteilhafter verkaufen und den Gewinn in seine Tasche stecken zu können.

Durch diese Erwartung ist jetzt ein Strich gemacht. Der Reichstag ist auseinandergegangen, ohne die Zollvorläge zu verabschieden. Die Krise in der Landwirtschaft, die durch den Tiefstand der Getreidepreise und durch die Kreditnot herbeigeführt war, ist durch die Kornhaufe und durch die reichlichen Kredite der Rentenbank behoben. Denjenigen Landwirten, die von Ernteschäden betroffen wurden, können aber auch Zölle nicht helfen; für sie kommen vielmehr nur Hilfsmassnahmen in Betracht, in denen die sozialdemokratisch durchgeführte preußische Regierung Vorbildliches geleistet hat. Wenn das Korn verkauft ist, dem nicht über der höchste Preis nichts mehr, dem nicht auch kein Zoll.

Das Volk aber wird jetzt zu entscheiden haben, ob es zu der gewöhnlichen Verteuerung des Getreides am Weltmarkt noch durch Zölle das Seinige beitragen will, um die Getreidepreise künstlich zu erhöhen und den Untern auf seine eigenen Kosten noch Sonderprivilegien zuzuschlagen, die diese zum brutalen Kampf gegen die Rechte des Volkes in der Republik ausnützen.

Das trunkene Schiff.

Von Peter Hamacher.

Das ist ein Traum, eine zeitlose Legende. Vorüberfliegende Länder; Rauch der Farben und Klänge, der Trunkenheit und Befessenheit; Revolte und Extase. Urmorgen der Menschheit will neu beginnen und bäumt sich auf gegen alles Abgeleitete, Eingeweihte, Zivilisatorische. „Welch ein Jahrhundert der Händel!“ lockt es da. Rot flattert die Fahne des individualistischen Aufstiehs. Christus wird der ewige Dieb der Kraft genannt. „Ich war niemals aus diesem Volke, war niemals Christ; ich bin von der Rasse, die beim Todesurteil sang; ich verstehe die Gesetze nicht, habe keine Moral, bin ein roher Mensch.“ Und dann leuchtet es auf, einer neuen Erde Gesicht: „Wann werden wir gehen, über Weite und Berge, zu grünen die Geburt der neuen Arbeit, die neugeborene Weisheit, die Flucht der Tyrannen und Dämonen, das Ende des Aberglaubens, und als die ersten Weihnachtspfeile auf Erden ansetzen. Der Gesang des Himmels, der Zug der Völker! Sklaven, laßt uns das Leben nicht verfluchen.“

Worte sind dies, glühend, herauscht. Aber hinter diesen Worten steht der ekstatische Ausdruck und Ausbruch eines Lebens. Die Legende von einem, der mit zwanzig Jahren ein Dichter war (das Kind Shakespeares, nannte ihn Victor Hugo, der Meister der Dhrase), der dann die Literatur als einen unzulänglichen Ausdruck seines Geistes hinter sich warf, die Länder entlang stürmte und in Afrika, ein Aftanddreißigjähriger, endete. Eiebzehn Jahre sind am 20. Oktober verfloßen, seit dieser Jean Arthur Rimbaud in Charleville in den Ardennen das Licht der Welt erblickte. Mit sechzehn schrieb er Verse, die die Bewunderung Verlaines erregten. Eines Tages, nach vergeblichen Versuchen, der Jucht des elterlichen Heimes zu entkommen, kauft dieser Bursche in Paris auf. Verlaine nimmt sich seiner an. Und dann geschieht das Seltsame: Verlaine, anerkannter Dichter, Familienvater, bürgerlicher Beamter, verliebt sich in die frische, stummstrophende Männlichkeit dieses jungen Genies „mit dem Anflug der gestürzten Engel“. „Der Gott unter den Halbgottern“ nennt ihn Verlaine noch nach Jahren. Neun Monate weiß Rimbaud im Hause Verlaines. Dann, im Juli 1872, brechen die beiden auf, und die tolle Bombenfahrt durch Belgien, England und wieder zurück nach Belgien beginnt. In jenen Tagen schrieb Rimbaud seine schönsten Gedichte, glühende Visionen explosiver Kraft, Räusche aus Farbe und Ton, deren herrlichstes, „Das trunkene Schiff“, wie eine Vorahnung seines eigenen Lebens ist. „Und bisweilen sah ich, was kein anderer gesehen“. Als Traumwandler, als Visionär will er leben, und seine Verse wirkten wie das Hereinbrechen einer halbwidren Horde über eine alte, müde Kulturnation. Die Beziehung zu Verlaine nahm ein jähes Ende. Verlaine, eifersüchtig, schoß in Brüssel auf den Gefährten, der sich von ihm trennen wollte. Die Polizei mißachtete sich, nach einem zweiten

Attentat, ein, und Verlaine mußte diese Raufschicht mit zwei Jahren Gefängnis büßen. Rimbaud wandte sich heim und schrieb jenes unerhörte Buch der Abrechnung: „Der Sommer in der Hölle“, das er, kaum, daß es gedruckt war, wieder zurückzog.

In jenem kleinen Buche steht der Satz: „Ich verlasse Europa. Mit eisernen Gliedern, mit dunkler Haut, mit wilden Augen werde ich wiederkehren; auf mein Gesicht hin wird man auf eine starke Kasse schiessen. Gold werde ich haben, werde müßig und roh sein. Die Frauen lieben diese wilden Gesellen, die aus heißen Ländern kommen. Ich werde mich in die Politik mengen.“ Ihm, der von einer visionären Kunst träumte, die aller Beschreibung, aller Belehrung entbehrt, war Europa samt der Literatur unerträglich geworden. Sein fieberndes Blut trieb ihn umher, und nachdem er Europa durchquert, bald Hauslehrer, bald Hafenarbeiter, Begleiter eines Sirtus, nachdem er, von den Holländern angeworben, dann schließlich, sich in Batavia's Urwäldern herumgetrieben, landete er in Afrika, um den Rest seines Lebens dort als Kaufmann zu verbringen, dem primitiven Leben nahe und der glühenden Sonne, die er geliebt. Und dann starb er, früh und häßlich. Einer scheußlichen, wahrscheinlich erblichen Krankheit erlag er, die ihm, nachdem sie ihn erst zum Krüppel gemacht, lange entsetzliche Leiden brachte.

Herbst an der Havel.

Noch immer ringen sich Stämme voll Nachsommerglanzes durch herbstliche Dünste, und dann leuchten farbige Rosen im Blattwerk der Ufergehölze auf. Was sich da in gelben, gelbroten und roten Tönen über die Baumkronen und Büsche spreizt und spreizt, das hat so gar nichts mit dem Blütenfior bunter Wiesen gemein und ist im hellen Lichte dennoch seiner Wirkung sicher. Einer Wirkung freilich mit elegischem Einschlag, wie ihn jeder Abkang mit sich bringt. Und doch ist es kein Tod in dem üblichen Sinne des Wortes, den die dem Fall sich entgegenstrebenden Blätter erleiden. Schon vorher wandert aus ihren Zellen alles, was wertvoll ist, in die Zweige, Äste und Winternospnen des Baumes und Streckens zurück. Diese Abwanderung bedingt in erster Linie die Verfärbung der Blätter. Das Chlorophyll (Blattgrün), dessen intensives Grün bisher alles beherrschte, gibt auswandernd die farbige Grundfarbe des Blattes wieder frei. Die Herbstfärbung war also nur überdeckt, nicht neu gebildet, und das aus leert gewordenen Zellen bestehende Blatt fällt schließlich als eine Hülle, die nicht mehr Leben enthält, wie etwa der Hornstoff unserer Haare und Nägel.

Unter den immer schiefer einfallenden Strahlen der herbstlichen Sonne und unter der Wirkung bewogener Luft befestigt sich der Spiegel der Haveln anders als im Sommer. Man sieht das Anderssein deutlich, ohne es deutlich beschreiben zu können. Reizvoll kontrastiert und harmonisiert das Gelimmer des Spiegels und des Riefwassers mit den weißblühenden Segeln zahlreicher Boote aller Formate. Von oben her gleiten die Flugfische gewandter Köben und weniger gewandter Hebelkrähen in das Bild, das ringsum von Laub und Nadelwald umrahmt und von weißen

Wolken auf lichtblauem Grunde überdeckt wird. Hier und da ein Spalt im Rahmen, der ein Kirchturm oder sonst eine menschliche Siedlung freilegt. Hier und da aber versperrt den Blick des Wanderers Horste des Schilfrohes wie mit Mauern. Hoch, fest und dicht ragt der Riese unter unseren Gräsern aus nassem Grunde auf, von wachsenden Früchtlähnen gekrönt, ungebogen und als Alleinberrscher. Im dichten Sackuh seiner schlanken Stengel duldet er nichts Fremdes zwischen sich, nur leer gewordene Röhren des Rohrlängers und anderer Uferreier. Dann wird mit dem Schwinden der Schilfmauer der Blick wieder frei und schweift hinüber nach der Pfaueninsel etwa oder nach der malerischen Heilandkirche bei Sacrow oder nach dem idyllischen Reibitz oder — nun, der Freund der Havel kennt seine Lieblingspunkte auch ohne dies!

Waldeinwärts wenden wir uns, um von einer der bewaldeten Anhöhen den Blick auf das Wasser zu genießen. Lieber dem moosigen Boden gleitet das Hüßlein des Altwälderrommers oder die Füden segeln frei durch die Luft, mit der kleinen Spinnerin darauf. Große, weiße Blüte durchbrechen die Nadeldecke, Spitzengipfel stehen in dreifeln Farben neben weißen Vorstern am Wege, und wer da sucht, der findet des Wunderbaren noch genug.

Wer einen reizvollen Anfang oder Abschluß sucht, beginnt oder endet mit dem Besuch des Pfingstberges. Auf dem Turme des romantischen Belvedere angefangen, wendet man dem Bornstedter Expedierplatz den Rücken und hat dann vor sich den Ausblick auf die wunderbare aus Wald, Wasser und Architektur zusammengelebte Umgebung Potsdams. Sie muß vor Zeiten noch herrlicher gewesen sein, denn Alexander von Humboldt zählte sie zu den schönsten der Welt. Und sie ist auch jetzt, bei Sonnenschein, die schönste, die Berlins weitere Umgebung bietet — und nur mit Schaudern denkt man hier oben an das steinernen Meer Berlins, dem man bald wieder zufließen muß.

Herr Gerst detektiert das Ende Methusalams. Der Volksbühnenbund, die christliche Nachahmung des Volkstheatersverbandes, hat in Berlin nach mancherlei Anläufen endlich Leben gefunden: Herr Gerst, sein betrieblicher Dirigent, hat das vor der Bühne stehende „Dramatische Theater“ sammt und zeit in einem Ufas bereits an, wie er dort den „Herrn im Hause“ zu spielen gedenkt. Selbstverständlich tritt der Volksbühnenbund hier in Berlin nicht einseitig katholisch auf, er markiert hier unter der allgemeinen christlichen und nationalen Fahne auf.

Herr Gerst tritt also seine Regierung in Berlin an und verkündet:

„Die Deutschnationale Volkspartei hat dankenswerter Weise im preußischen Landtag eine kleine Enquete über die Aufführung von Jwan Golis „Methusalem oder der ewige Bürger“ eingebracht und gelangt, was das Staatsministerium zu tun gedenkt, um der hysterischen Vergiftung der Volkssee entgegenzutreten. Es ist außerordentlich erwünscht, daß diese kleine Enquete einmal Gelegenheit gibt, über die Aufgaben des Staates angesichts der Theaterverhältnisse in Berlin und im Reich zu sprechen, da die Arbeit der freien Volkstheater und Kulturorganisationen nicht ausreicht und ohne weitgehende staatliche Unterstützung nicht wirksam werden kann. (Also Herr Gerst wünscht weitere Subventionen!)

Das Stück „Methusalem“ ist eine Stunde nach Unterzeichnung des Vertrages, der mich einstweilen zum Geschäftsführer der

Ludendorff, der Reichszerstörer.

Bittere Wahrheiten aus Bayern.

Erich, der Unverwundliche, der den Zusammenbruch seiner Kriegsführung, seines Kapp-Putsch, seines Hitler-Putsch und seiner Militärorganisationen besser überlebt hat als die meisten seiner Opfer, ist in Bayern heute einer der verhassten Persönlichkeiten. Man kann sagen, daß es selten ein Politiker verstanden hat, sich in so kurzer Zeit um seinen Kredit zu bringen. Das verhindert aber nicht, daß Ludendorff sich auch weiter von seinen Freunden als den großen Mann feiern läßt. Er läßt besser davon, sich in die bayerische Presse zu vertiefen. Er würde der Wahrheit entschieden näher kommen. So veröffentlichte der „Miesbacher Anzeiger“ neuerdings einen Artikel aus dem „Bayerischen Vaterland“, in dem dem abgeleiteten General einige bittere Wahrheiten gesagt werden.

Einem General, der den größten aller Kriege nicht gewonnen habe, so heißt es da, geheime ein selbstbenutztes Kautelen in seiner Weise. Ein Bauer, dessen Gut unter den Hammer gekommen sei, ein Kaufmann, der Konkurs gemacht habe, oder ein Ingenieur, dem sein Haus über dem Kopf zusammengebrochen sei, würde sich hüten, das große Wort zu führen. Und so solle sich auch Ludendorff ein Schild an die Wand malen mit den Worten: Ich habe den Krieg verloren.

Es ist zu begrüßen, daß man jetzt auch schon in Bayern, wenigstens in dieser Hinsicht die Wahrheit sagen darf. Es hat lange genug gedauert, und es ist noch gar nicht so lange her, daß die sozialdemokratische Presse, die der Wahrheit die Ehre gab, mit Bundesratsprozessen und Repressalien bedroht wurde. Nunmehr paßt also auch die getreueste Schildhalterin der deutschen nationalen Döschschlegel, die Bayerische Volkspartei, mit dem Märchen ein und man darf mit einiger Neugier darauf warten, was die Deutschnationalen zu diesem „Döschschlegel“ sagen werden. Nach einer verträglichen Weltanschauung bei den Wahlen sieht das nicht gerade aus.

Aber das „Bayerische Vaterland“ ist noch viel boshafter. Es erinnert Ludendorff daran, daß Hunderttausende durch den Krieg alles verloren haben, was sie in hundert Arbeit ersparten, während andere und Ludendorff mit ihnen trotz des verlorenen Krieges ihr gesichertes Einkommen haben. Indem das Blatt auf diese unglücklichen Opfer des Krieges hinweist, fragt es:

„Was aber ist ihr Lohn? Haben auch sie eine Pension, die ihnen eine sorgenfreie Zukunft sichert? Stehen auch ihnen Autos zur Verfügung? Können auch diese sich in aller Gemütsruhe in Sommerfrischen und Bädern erholen?“

Das sind heisse Fragen, die man an so manchen schwarzweissen Pensionär der Republik stellen sollte, und sie klingen aus dem Munde eines bayerischen Volksparteilers beinahe respektlos. Schade, daß man es vergessen hat, sie schon bei dem Prozeß in der Huttenburger Straße zu stellen. Bayern würde wahrheitsgemäß der Mühe entgehen sein, den „Frontbann“-Prozeß zu führen. Durch Schaden wird man, wie das bayerische Beispiel zeigt, klug und vielleicht ist das Sprichwort auch für Ludendorff nicht ganz unpassend, wenn er auch bisher nicht allzu große Spuren von den Eigenschaften gezeigt hat, die man gemeinhin mit Klugheit zu bezeichnen pflegt.

Ergerstedt — Erzberger. Infolge einer mißglückten Korrektur sieht es unter dem Bild des Hg. Labertzen in einem Teil der Auflage unserer geistigen Abendausgabe, daß der deutschnationale Verkehrsministerkandidat am 24. Juni 1924 gegen den Abgeordneten Erzberger täuschend gewesen sei. Es sollte — wie übrigens aus dem daneben stehenden erklärenden Text deutlich hervorgeht — natürlich: Ergerstedt heißen. Da Herr Labertzen außerdem früher auch eine Erzberger-Verammlung sprengte und gegen den Zentrumsführer hegte, wurde gleichfalls erwähnt.

Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Vogt-Hannover-Ditt ist zur Nationalsozialistischen Freiheitspartei übergetreten.

Dramatischen Theater G. m. b. H. bestellte, vom Spielplan abgesetzt worden und wird nicht wieder erscheinen. Bei Unterzeichnung dieses Vertrages hatte der Bühnenvolksbund seinen Einfluß auf den Spielplan. Es ist mir bis jetzt noch nicht gelungen, festzustellen, wer die Verantwortung für die Annahme dieses Wertes trägt. (Was geht das Herrn Gerst an?)

In der Aufführung des „Reichskriegs“ hat Herr Regisseur Neubauer während der Aufführung einen Schauspieler veranlaßt, den Bühnenvolksbund anzuspödeln. Nach Schluß der Aufführung vom 1. bezog, ob er der Urheber dieses „Schmerzes“ sei, hat Herr Neubauer statt einer Antwort den Bühnenvolksbund und mich persönlich vor dem gesamten Personal mit Ausdrücken beschimpft, die sich nicht wiedergeben lassen. Herr Neubauer ist daraufhin von Herrn Dietrich sofort beurlaubt worden und wird nicht auf seinen Posten zurückkehren. Außerdem werde ich eine Beleidigungsflagge gegen ihn anstrengen.

Was sagt Herr Dietrich, der bisherige Leiter des „Dramatischen Theaters“ dazu? Wie er nicht kürzlich noch mitteilen, Herr Gerst werde ihn in der Leitung des Theaters unterstehen; eine Übernahme des Theaters durch den Bühnenvolksbund sei nicht erfolgt usw. Das Schick, das so stolz gemimpelt ausfuhr, ist gestrandet. Es liegt auf dem Sande des Bühnenvolksbundes fest. Runter mit der Flagge! Herr Gerst hat das Kommando und die Künstler haben Kotau vor ihm zu machen. Er duldet keine freie Kunst für seine Schöpfung.

Wieviel Gold hat Nichte gefunden? Dr. Stamreich, der Assistent des Professor Nichte bei der Zerklüftung der Quarzsilberatome, macht in den „Naturwissenschaften“ bemerkenswerte Mitteilungen über die Quantität des gefundenen Goldes. Das Quantität des verwendeten Brenners war aus einem Rohr gelassen, von dem ein Stück der Analyse unterworfen wurde. Es ließ sich in einem 14 Gramm schweren Stück kein Gold, dagegen eine ganz geringe Menge Silber nachweisen. Die Untersuchung der Kohlenstoffraden und der Stromzuführung ergaben ebenfalls eine vollkommen Goldfreiheit. Das für die Lampenfüllung verwendete Quarzsilber enthielt auch eine ganz geringe Menge Silber und außerdem eine äußerst geringfügige Menge Gold, die aber quantitativ nicht zu erfassen war. Die Lampe brannte 197 Stunden ohne Unterbrechung, die Elektrodenspannung schwankte bei einer mittleren Bogenlänge von 155 Millimetern und einer Belastung von 12,6 Ampere zwischen 160 und 175 Volt. Die Entladung des Brenners nach seinem Erlöschen geschah sehr sorgfältig, da erhaltungsgemäß goldreiche dickflüssige Quarzsilbertröpfchen vorwiegend an der Wandung festgehalten werden. Das Kathodengefäß des Brenners zeigte in der Höhe des Quarzsilbernebens einen Ring aus feinen Tröpfchen im Gesamtgewicht von zehn Milligramm, in denen nachweislich Gold enthalten war. Ebenso ließ sich in dem schwarzen Belag, den das Deutchrohr ausgießt, neben viel Silber deutsch Gold nachweisen. Das ausgasulierte Compenquodsilber wurde schließlich einer sehr langsamen Vakuumdestillation unterworfen. Aus dem letzten Tropfen dieses Quarzsilber ließen sich 0,000082 Gramm Gold gewinnen.

Das Thalia-Theater wird die letzten Vorstellungen der Operette „Festung“ geben, welche bis zum 27. d. M. dann zu vollständigen Preisen (von 6 bis 12) geben.

Der verbotene Stahlhelmtag.

Die Begründung der Hallenser Instanzen.

Halle, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Deutsche Volkspartei hat bekanntlich eine Anfrage an die preussische Regierung gerichtet, die sich mit dem Verbot des Stahlhelm-Sporttages in Halle durch den Genossen Grüniger befaßt. Noch bevor der Minister des Innern auf diese Anfrage geantwortet hat, gab der Merseburger Regierungspräsident unserem Parteiblatt in Halle folgende Erklärung für die Begründung seines Verbotes:

An der Großen Anfrage der Heydenreich und Genossen ist bemerkenswert, daß sie von widersprechenden Entscheidungen des Regierungspräsidenten redet, die das Ansehen der Staatsregierung angeht. Es ist darum notwendig, die Geschichte dieser widersprechenden Entscheidungen einmal kurz zu skizzieren. Die erste Aufhebung des Verbots des Stahlhelmtages wurde dadurch bewirkt, daß die Stahlhelmführer Hauptmann Schulz und Geschäftsführer Nord dem Regierungspräsidenten feierlich erklärten, daß der Stahlhelm alle Vorkehrungen getroffen habe, Dürstberg an der Ausübung von Exzessen zu hindern und daß keine Rede von einem politischen Anstrich des Sporttages sein könne. Die beiden genannten Stahlhelm-Arrangements rüdten in einer Unterredung von der bisherigen Tätigkeit des Stahlhelms entschieden ab und erklärten, daß Dürstberg, wenn er am Sonntag, den 12. Oktober, wieder aus der Reihe tanzen sollte, er im Stahlhelm als Offizier sowohl wie als Kamerad erledigt sei. Sie fügten außerdem hinzu, daß das Stahlhelmgelände Dürstbergs nur gering sei. Dies und die feierlichen Versicherungen der genannten Herren veranlaßten den Regierungspräsidenten, das erste Verbot zunächst bedingt aufzuheben. Wie wurden nun die Versicherungen der Stahlhelmlaute gehalten? Das Programm des Sportfestes enthält Vorschriften, daß alle Kraftwagen und Motorräder nur mit den antirepublikanischen schwarzweissen Fahnen fahren dürfen. Am Donnerstagabend forderte der Stahlhelm sogar in den rechtsgerichteten Halleischen Blättern die Bürgerschaft zur allgemeinen Hülfe der schwarzweissen Fahne auf, und als Antwort auf das Versprechen, daß Dürstberg sich keine Exzesse auf dem Sporttage und im Zusammenhang mit dem Sporttage erlauben würde, erfolgte unmittelbar nach der Genehmigung des Festes der wüste Angriff des Dürstberg-„Deffauers“ auf die Republik, auf die neuen Regierungsmethoden und auf den Regierungspräsidenten Grüniger. Sämtliche Versicherungen der Stahlhelmführer waren gebrochen. Es konnte kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß am 12. Oktober, wie es auch die deutschnationale „Halleische Zeitung“ sehr treffend zum Ausdruck brachte, ein neuer und größerer antirepublikanischer Aufmarsch als am 11. Mai, dem bekannten Ludendorff-Tag, vor sich gehen sollte. Deshalb mußte der Tag endgültig verboten werden.

Ein Justizverbrechen!

Rechtfertige Verhaftungen in Erfurt.

Erfurt, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In Sondershausen sind drei unbehaltene Parteigenossen unter dem Verbot des Reinholdes verhaftet worden. Der frühere Beigeordnete, Genosse Stegmann, stand unter der Beschuldigung, in öffentlicher Versammlung zum Volksdiebstahl aufgefordert zu haben, vor den Schranken des Gerichts. Dabei beschwerten einige bürgerliche Besucher jener Versammlung, die sich jedoch an der Schenke aufgehoben hatten und schon deshalb den Verlauf der Versammlung und die Ausführungen des Redners nicht genau verfolgen konnten, Stegmann habe damals an die Versammlungsteilnehmer die Aufforderung gerichtet, sich Holz zu holen. Die drei jetzt unter Reinholdverdacht verhafteten Genossen, darunter der Leiter jener Versammlung, die als Zeugen vernommen wurden, beschworen das Gegenteil. Der Vorsitzende beschuldigte sie deshalb kurzerhand des Reinholdes. Sie wurden deshalb sofort in Haft genommen. Die Aufregung über diese Maßnahme ist groß. Die Familien der Verhafteten leideten sich in großer Not, da sie durch das Vorgehen der Justiz ihres Ernährers beraubt sind.

Graefes Polizeiabenteuer.

In Böhmischem-Charlottenburg.

Vor kurzem brachte die böhmische Presse die Schauerbotschaft, daß die böhmischen Abgeordneten Herr v. Graefe und Schliephake zu Friedland in Böhmen sich freiwillig in Schutzhaft begeben hätten, um sich der Inhaftung durch die Kommunisten zu entziehen. An der Sache war zwar kein wahres Wort, doch sind wir jetzt in der Lage, einen Fingerzeig für den Ursprung der ganzen Schauerbotschaft zu geben:

Sahen da vor einigen Wochen in Ringers Weinstuben zu Charlottenburg vier überaus böhmisch aussehende Herren, die ihren Schmerz über Deutschlands Niedergang durch reichlichen Weingenuß zu beläuben suchten. Dies Bedürfnis war so stark, daß sie bei Eintritt der Polizeistunde der Aufforderung des Wirts, das Lokal zu verlassen, keinerlei Folge leisteten, so daß dieser schließlich — so gegen 12 Uhr — die Polizei zu seiner Unterstützung alarmieren mußte. Auch der wiederholten Aufforderung des Wachmeisters begeherten die deutschen Reden nur mit Hohn. Als dieser darauf zur Sistierung schreiten wollte, legitimierten sich die Herren als: 1. der böhmische Reichstagsabgeordnete v. Graefe, 2. der böhmische Abgeordnete Schliephake, 3. der böhmische Abgeordnete Reichsanwalt Schröder-Wismar, 4. der Freiherr Wolf v. Wenschell. Der Polizeibeamte erklärte den Herren nunmehr, daß er sie zur Anzeige bringen werde, worauf die Reden mit Hohngeklächter erwiderten, sie könnten sich nicht strafbar machen, denn als Reichstagsabgeordnete wären sie immun. Nach weiteren Auseinandersetzungen verließen die Herren endlich um 2.30 Uhr mit geröteten Köpfen und (sagen, d. h. nicht mehr ganz festen Schritten) das Lokal. Wegen dieser Sache schwebt zurzeit ein Strafverfahren gegen v. Graefe und Genossen.

Sollte die etwas gesteigerte Phantasie der Herren Graefe und Schliephake nicht am Ende dieses Erlebnis in die böhmischen Wälder überpflanzt haben?!

Tschischerins Reklametrommel.

Rattensängermelodien gegenüber Deutschland.

Moskau, 20. Oktober. (Russische Telegraphenagentur.) Auf einer gemeinsamen Sitzung des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion mit den nationalen Bundesräten hielt Tschischerin eine Rede über die internationale Lage der Sowjetunion. Nach einem Hinweis darauf, daß die Sowjetregierung im letzten Jahre wiederum von mehreren Staaten anerkannt worden sei, sprach Tschischerin zunächst über die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich und sagte dazu:

Wir werden nur dann normale Beziehungen wieder aufnehmen, wenn daran keine Bedingungen geknüpft werden, der Wiederaufnahme der Beziehungen ein Bolschewikenaufschub folgt und sich die französische Anerkennung auf das ganze Gebiet der Sowjetunion bezieht. Der Redner kam dann auf die Lage Deutschlands zu

sprechen und erklärte, die in der letzten Zeit eingetretene Befestigung der Lage sei nur auf Kosten des Verlustes eines gewissen Teils seiner Selbstständigkeit erreicht. (?) Die deutsch-russischen freundschaftlichen Beziehungen, führt Tschischerin fort, wurden sehr schweren Prüfungen unterworfen, die aber alle glücklich überstanden sind. Der Konflikt im Zusammenhang mit dem Zwischenfall betreffend die Berliner Handelsvertretung ist beigelegt. Die Sowjetregierung betrachtet jedoch die teilweise Exterritorialisierung der Sowjetunion des Gebäudes der Berliner Handelsvertretung als unzureichend und wird in den kommenden Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland die Exterritorialität des ganzen Gebäudes zu erlangen trachten. Tschischerin wörtete dann weiter die ablehnende Stellung der Sowjetunion gegenüber dem Bälterbund und sagte, die in der letzten Zeit verbreiteten Nachrichten, daß die Sowjetregierung oder einer ihrer Vertreter in den bestehenden Bälterbund einzutreten beabsichtige, allein oder mit einem anderen Staate gemeinsam, seien von Anfang bis zu Ende reine Erfindungen. Der Redner führte weiter aus, daß vom Sowjetstandpunkt aus ein Eintritt in den Bälterbund eine Aufgabe der Selbstständigkeit und eine Unterwerfung unter die Politik der Exterritorialität bedeute und schloß, die Sowjetregierung urteile ebenso über Deutschlands Eintritt in den Bälterbund, das dadurch in Kombinationen verwickelt und zum Feinde der Sowjetunion werden könnte. (?) Tschischerin schloß mit einem Hinweis auf die enge Freundschaft der Sowjetunion mit dem erwachenden Osten im allgemeinen und die russisch-chinesische Freundschaft im besonderen.

Linkenwahlsieg in Paris.

Paris, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Eine am Sonntag in dem Pariser Stadtviertel Porte St. Martin stattgefundene Ersthauptwahl zum Stadtrat hat dem Kartell der Linken einen neuen starken Erfolg gebracht. Die drei dem Kartell angehörenden Kandidaten haben 2330 Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht gegen 1700, die dem Nationalen Block zugefallen sind, während am 11. Mai die nationalistische Liste etwa 3000 Stimmen erlangt hatte. Auch die Stimmen der Kommunisten sind ungewöhnlich stark zurückgegangen. Von den 1300 Stimmen, die die Liste Cahin am 11. Mai erhalten hatte, sind nur noch 588 geblieben. Für die am nächsten Sonntag stattfindende Stichwahl gilt die Wahl des sozialistischen Kandidaten, zu dessen Gunsten die Mitbewerber der Radikalen und der republikanisch-sozialistischen Liste zurückgetreten sind, für gesichert.

Neuer Wahlaufruf Macdonalds.

London, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Macdonald hat einen neuen Wahlaufruf erlassen, in dem es heißt: Obwohl die Arbeiterregierung sich nur auf eine Minderheit stützen konnte, sei es ihr gelungen, mit Unterstützung des Vertrauens des Landes die Regierung zu führen. Er hoffe, daß das Land bei der gegenwärtigen Wahl der Arbeiterpartei die Macht gebe, ihr Werk durchzuführen und insbesondere zwei große Linien zu verfolgen: den Frieden in der Welt zu fördern und dem nationalen Familienleben durch die Ausführung des in Angriff genommenen Hausbauprogramms zu dienen.

Die Leitung der Arbeiterpartei stellt in der englischen Öffentlichkeit fest, daß die Führer der liberalen und konservativen Partei ein geheimes Abkommen getroffen haben, in dem sich beide Teile verpflichten, nach den Wahlen, wie auch das Ergebnis ausfallen möge, das Arbeiterkabinett unter allen Umständen zur Demission zu zwingen.

Polnisch-russischer Zwischenfall.

Polnische Diplomaten in Petersburg verprügelt.

Warschau, 20. Oktober. (OE.) Ein scharfer und ungewöhnlicher diplomatischer Zwischenfall droht die ohnehin nicht freundschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Sowjetrußland noch mehr zu verschärfen. Bei einem Besuch Petersburgs wurden vier polnische Diplomaten, darunter der erste Gesandtschaftssekretär Graf Tarnowski, auf dem Moskauer Bahnhof überfallen und verprügelt. Der polnische Geschäftsträger richtete wegen dieses Vorfalls eine Note an das Außenministerium. Wigdor Kopp sprach im Namen der Sowjetregierung das Bedauern aus. Der russische Gesandte in Warschau, Wolkow, hatte verschiedene Persönlichkeiten aus den polnischen politischen Kreisen zu einem Frühstück eingeladen, doch blieben sämtliche Polen wegen des Petersburger Vorfalls fern.

Unruhen in Portugal.

Lissabon, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Polizei ist einer neuen Verschwörung gegen die Regierung auf die Spur gekommen. Sie hat 11 Mitglieder des Komitees verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich auch Soldaten.

Die Kaufleute von Lissabon haben am Montag als Protest gegen die Besteuerung einen Verkaufsstreit begonnen, in dessen Verlauf es zu schweren Zusammenstößen kam. Gendarmerteil schloß auf die Aufständischen. Eine Massenversammlung für Kaufleute hatte vorher schon in einer Proklamation die Regierung als Feindin der Interessen des Landes ausgerufen und zum revolutionären Aufstand gegen die Regierung aufgefordert.

Sozialdemokratischer Oberpräsident.

In Kopenhagen.

Kopenhagen, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der auch weit in deutschen Parteikreisen bekannte bisherige Bürgermeister von Kopenhagen, Genosse Jensen, der seit 22 Jahren sein Amt als besoldeter Bürgermeister versah, ist von der Regierung zum Oberpräsidenten ernannt worden. Dieses Amt, das bisher ein bürgerlicher Kammerherr innehatte, findet in Deutschland kein Gegenstück. Der Oberpräsident ist gewissermaßen der Staatskommissar in der Stadtverwaltung. Er hat die gesamte Leitung der Verwaltung und den Vorsitz in den Magistratsversammlungen. Zum Nachfolger Jensens wurde der Genosse Hedebot gewählt, der bisher Sekretär im Landesverband der Gewerkschaften war.

Matteotti-Mörder festgestellt.

Russolinsk Gehilfen.

Rom, 20. Oktober. (EP.) Die kriminalwissenschaftliche Fachuntersuchung hat auf dem für die Entführung Matteottis verwendeten Automobil Fingerabdrücke von Dumini und Volpi festgestellt, deren Mittäterschaft am Morde damit erwiesen ist.

Rechtsanwalt Fröh Grünspach gestorben. Am Montagabend ist erst fünfzigjährig, der bekannte Berliner Dr. Fröh Grünspach gestorben, der besonders in den letzten Jahren eine besondere Rolle in großen politischen Prozessen spielte. Obwohl Jude und Demokrat, wurde er gerade von rechtsbolschewistischen Angeklagten — Rosa-Lugenburg-Mörder Vogel, Oberleutnant Marloh, Traugott von Jagow, Harden-Attentäter Reichardt usw. — mit Vorliebe und meist mit Erfolg in Anspruch genommen.

Gewerkschaftsbewegung

Professorale Theorien.

Der Krieg und seine Folgen haben die private und die staatliche Wirtschaft Mittel- und Osteuropas zerrüttet, die Lebensmöglichkeiten weiter Kreise der Bevölkerung ungenügender erschwert. Die mittleren Klassen werden zerrieben, immer neue Schichten werden zu reinen Lohnarbeitern, die Proletarisierung des Volkes macht schnelle Fortschritte. Aber dieses soziale Brauen schafft zugleich neue Verwirrung; es gibt Enttäuschung, die vom Sozialismus erwarbten, daß er aus dem Chaos im Handumdrehen eine neue Welt schaffen würde, so wie etwa der liebe Gott seinen Schöpfungsakt in sechs Tagen erledigt hatte; dann wieder stießen wir auf jene Kreise, für die der soziale Absturz zu plötzlich kam und die noch immer auf das Wunder warten, das ihnen zur Wiederherstellung einer selbständigen, bürgerlich gesicherten Existenz verhelfen solle. Zu kurz war die Zeit bisher, zu schwierig waren die wirtschaftlichen und die politischen Verhältnisse, als daß die einen wie die anderen für die Grundgedanken der modernen Arbeiterbewegung gewonnen werden konnten, daß nämlich die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu einer höheren sozialen Ordnung, daß die Befreiung der arbeitenden Welt von Not und Elend nicht wie ein Geschenk vom Himmel fällt, sondern von den Arbeitern selbst in der unermüdbaren Arbeit des Tages erkämpft werden muß.

Es tauchen nun Propheten auf, die in diese Bewegung der Gärung und des Werdens allerhand hineingeheimnissen und daraus wissenschaftliche Theorien brauen. Weil sie dem Wesen der Arbeiterbewegung fernstehen, sprechen sie von deren Krise und glauben mit philosophischen Erörterungen die Seele der Arbeiter gewinnen zu können. Von einem bestimmten Standpunkt geht immerhin noch Dr. Franz Schürholz aus, der seine Schrift „Die deutschen Gewerkschaften als staatliche und gesellschaftliche Existenzaufgaben“ in dem katholischen Volksvereinsverlag in R.-Gladbach erscheinen läßt, sie aber zugleich dem Präsidenten des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Bücher, widmet. Daraus ergibt sich der Inhalt der Schrift: die „negativ kämpferische Klassenideologie“ soll durch die „arbeitsproduktive berufständische Gedankenwelt“ geschwächt und verdrängt werden. Die Arbeiter sollen berufstechnisch weitergebildet, die gewerkschaftlichen Organisationen zu verantwortlicher Mitarbeit an den wirtschaftlichen Produktionsaufgaben herangezogen werden. Daraus würden die Kräfte strömen „eines inneren Loslösungsgedankens von den politischen Denkgewohnheiten“. Es müßte eine volkswirtschaftliche Leistungsverteilung kommen, „durch die jede Gruppe in das System des gesellschaftlichen Produktionslebens eingefügt ist“.

Ist dies das Ziel und Richtung der christlichen Gewerkschaften zu erkennen, so sieht Professor Eugen Rosenstock („Industrieoff“, Frankfurt a. M. 1924, Carolus-Druckerei) aus der Krisis der Arbeiterbewegung eine neue Bewegung sich erheben, „die der Arbeit ihr eigentliches Ziel weist“. Die Gewerkschaften seien es, die Psychotechnik und Bureauplatzierung in den Betrieben fördern. „Nirgends eine Aufsehung gegen die Macht von Kapital und Technik, nirgends auch nur der Versuch, den Menschen wieder in die Herrschaft über diese Dinge einzuführen, überroll Verwechslung von Mensch und Proletariat, Volk und Masse.“ Aber die neue soziale Schlacht entbrenne nicht mehr zwischen Unternehmer und Arbeiterorganisation: „sie entbrennt in der Brust des einzelnen Unternehmers, der zu wählen hat zwischen Scheinblüte seines Unternehmens auf der einen, Volkswirtschaft auf der anderen Seite.“ Den Ausweg aus diesem Dilemma sieht Rosenstock in einem „industriellen Lehnsystem“, nach dem Vorbild des bäuerlichen und des kriegerischen Lehnsystems im Mittelalter; das sei die Ordnung, „nach der naturnotwendig die Volkswirtschaft in Rußland heute greifen“. Für die rückständige Wirtschaftsoverfassung Rußlands mag diese Anpassung an das Mittelalter, dem Kopfe eines deutschen Professors entsprossen, vielleicht passen, darüber wollen wir uns kein Urteil erlauben; das westdeutsche Proletariat lehnt diese philosophisch verbrämte Wiedererweckung der Hörigkeit entschieden ab.

Ein anderer Hochschullehrer (Heinz Marr, „Von der Arbeitsgewinnung unserer industriellen Massen“, Verlag Engler u. Schloffer, Frankfurt a. M. 1924) appelliert an die „Bildungsschicht“, den deutschen Arbeitern nicht die das Ich-Interesse anreizende amerikanische „Arbeitspsychologie“ aufzudrängen, sondern die „positiven Werte im deutschen proletarischen Arbeitsethos“ anzuerkennen. Marr schließt mit der Versicherung, der Römische Pflichtbegriff, „dieses asketische sozialistische Pflichtideal durchwaltet auch unsere proletarische Welt, befestigt auch ihren marxistisch-entstellten, immer noch unerlösten Sozialismus. Und aller Eroll zwischen den Leitern und Dienern der deutschen Arbeit kann uns nicht darüber täuschen, daß sie gerade in ihrer preußischen Auffassung zum Sinn und Zweck der Arbeit Kinder eines Volkes sind, Sozialisten alle beide.“

Der Hymnus auf diesen seltsamen „Sozialismus“ beantwortet sich durch die Feststellung in einer anderen Schrift (Dr. Hans Egon Honisch, „Die Nationalisierung des industriellen Produktionsprozesses“, Greifswald 1924, Verlag V. Bamberg), daß selbst der sozial höchststehende Großbetrieb jedem einzigen seiner tausend Arbeiter ein Stück von seinem Menschentum und seiner Eigentümlichkeit raubi“. Honisch will die Produktivität der Unternehmungen steigern durch die Anwendung der psychotechnischen Methoden, insbesondere des Taylorsystems. Er glaubt, daß „eine Ausnutzung der Arbeiterkraft durch rationalisierte Arbeitsmethoden in Deutschland kaum zu befürchten“ sei, und er verlangt bei der Einführung des Taylorsystems die Einführung des Unternehmers und des Betriebsleiters in die Psyche des Arbeiters. „Es muß erreicht werden“, so schließt die Schrift, „daß Not, Sorge und Verzweiflung der unter mißbräuchlich angewandtem Taylorsystem Arbeitenden in deutschen Unternehmungen nicht entstehen dürfen. Das Schicksal von Arbeitern, die jahraus, jahrein denselben Handgriff, dieselbe Bewegung vollführen, weil sie leben wollen, weil sie Frau und Kind versorgen müssen, weil die Entwicklung keinen anderen Weg als den des „Amerikanismus“ gegangen ist, muß in deutschen Industrien eine Unmöglichkeit sein.“

In der rauhen Wirklichkeit der kapitalistischen Produktion reden die Tatsachen eine ganz andere Sprache als die Theorien und Wünsche deutscher Universitätsprofessoren. Die Antwort auf diese vielleicht wohlwollenden, sicher aber weltfremden Ansichten haben die deutschen Unternehmer vorweg gegeben, indem sie die

Zeit der wirtschaftlichen Depression auszunutzen suchen, um den Arbeitern ohne Rücksicht auf ihre Psyche und ihre Arbeitsgewinnung die Verlängerung der Arbeitszeiten und die Herabsetzung der Arbeitslöhne ausdrängen; man findet die Antwort darauf auch in den Schriften der Arbeitgeberverbände, die die Parastellung der deutschen Arbeiter zu einer Dauereinrichtung machen wollen. Die deutsche Arbeiterbewegung weiß die ihr gestellten Aufgaben anders zu lösen, als durch die von uns erwähnten professoralen Theorien; indem sie sich der brutalen Unterdrückung des Unternehmertums Brust an Brust gegenüberstellt und so auch diejenigen Schichten der wertvollen Bevölkerung für sich gewinnt, die bisher aus Verzweiflung oder Enttäuschung den Weg zu ihrer Organisation noch nicht gefunden haben.

Brauns für das Washingtoner Abkommen.

Aus Duisburg berichtet die M.: Anlässlich des 25jähr. Bestehens des Christl. Metallarbeiterverbandes fand Sonntag früh in der Städtischen Tonhalle eine Festversammlung statt, in der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns u. a. ausführte. Nach den Beratungen, die wir in Bern mit den Arbeitsministern von Frankreich, England und Belgien hatten, dürfen wir zuversichtlich hoffen, daß sich die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens auch in Deutschland trotz unserer schwierigen Verhältnisse durchführen lassen wird. Ich bin sogar fest davon überzeugt, daß die Reichsregierung diesen Weg beschreiten wird. Für die durchgehenden Sonntagsbetriebe wollen wir so lange nicht warten, sondern hier Wandel schaffen, sobald wie möglich. (Lebhafte Beifall.)

Um die Ortszulagen der Beamten.

Am Sonnabend fanden im Reichsfinanzministerium zwischen den Vertretern der Beamtengewerkschaften und der Regierung Verhandlungen statt über eine Neuregelung der Ortszulagen und des Wohnungsgeldes. Die Regierung trat mit einem fertigen Plan auf, der eine völlige Beseitigung der Ortszulagen vorschlug und lediglich den Wohnungsgeldzuschuß, wie er vor dem Kriege üblich war, vorsieht. Die Vertreter der Beamten lehnten ohne Ausnahme die Vorschläge der Regierung einmütig ab. Um so verwunderlicher ist es, daß bereits am Montag, obwohl strengste Vertraulichkeit befohlen war, in der bürgerlichen Presse Nachrichten auftauchten, die nur aus dem Reichsfinanzministerium stammen können und die den Anschein zu erwecken suchen, als ob es bei den Verhandlungen zu einer Einigung gekommen wäre. Ein Zugeständnis, zu dem sich die Regierungsvertreter schließlich angedrungen hätten, nämlich die 5 Ortsklassen auf 4 zu beschränken, wird in dieser erwähnten Auslassung in einem „Kompromißvorschlag“, der nach sehr langen Beratungen zustande gekommen sei, umgeben. Diese Darstellung läuft tatsächlich wieder auf eine bewußte Irreführung der Öffentlichkeit und der Beamtenschaft hinaus. An sich erstrebt die Beamtenschaft bekanntlich schon längst eine Verringerung der Ortsklassen von 5 auf 3. Mit dem jetzigen Zugeständnis suchte die Regierung lediglich auf die Beamtenschaft zu wirken.

Kommunistische Berichterstattung.

Genosse Thieme vom Zentralverband der Bäcker und Konditoren schreibt uns:

In einer Versammlung des Konditoreipersonals am 16. Oktober hatte sich neben einer kommunistischen Sprengkolonne auch ein Berichterstatter der „Roten Fahne“ eingefunden. Wie dieser Herr eine sachliche Berichterstattung — wohl im Interesse der kommunistischen Partei — ausführt, beweist kein Bericht, der in der „Roten Fahne“ am 18. Oktober erschienen ist. Nachdem er so ziemlich wahrheitsgemäß über Tarifabschlüsse und Lohnabkommen berichtet, schreibt er weiter, ich habe erklärt, daß ich mit einzelnen Unternehmern Sonderverhandlungen gepflogen hätte. Das ist einfach eine Unwahrheit; über Sonderverhandlungen habe ich nichts berichtet. Wenn er weiter ausführt, daß sich die Belegschaften über diese „arbeitsgemeinschaftliche“ enge Verbindung der Gewerkschaftsbeamten ihre eigenen Gedanken machen und dabei auffordert, den mit den Verhandlungen beauftragten Kollegen Thieme sehr scharf auf die Finger und — auch auf seinen Mund zu sehen, so charakterisiert er mit dieser hollösen, ausgebreiteten Verdächtigung die Moskauer Parole der Kommunisten der sogenannten Einheitsfront.

Buchdrucker!

Die Wahl der Handsegervertreter zum Verbandsvorstand ist durch die Versammlung der Handsegerfunktionäre am 14. Oktober eingeleitet worden. Der heile Vertrauensausdruck unserer Kollegen war die einmütige Wiederaufstellung der bisherigen vier Beisitzer, der Kollegen Varré, Bränne, Fiedler und Riesebeck gegen das übrige Bänderbüdend kommunistischer Stimmen. Der Wahlordnung entsprechend wurden außerdem die Kollegen Gutb und Pöhlold nominiert. Wir erwarten, daß sich die Berliner Handsegerkollegen den einmütigen Beschluß ihrer Kollegen zu eigen machen und in den Betrieben dahin wirken, daß die Wiederwahl der bisherigen Vertreter im Verbandsvorstand in ebenfolcher Einmütigkeit erfolge, wie ihre Wiederaufstellung. Sollte es die „geißige Zeitung“ der sogenannten „Opposition“ (lies KPD-Zelle) für notwendig befinden, uns mit einer ihrer bekannten Gegenparolen zu begnügen, so dürfte sie auch diesmal die Absicht erleben, die sie sich von unserer Kollegenschaft bei allen bisherigen Wahlen geholt hat. Die Stimmzettel sind bereits zur Ausgabe gelangt. Sorgt für geschlossene Wahlbeteiligung und zeigt auch des Vertrauens würdig, das euch durch die Wahlen der Handsegervertreter zum Verbandsvorstand von der Gesamtorganisation anvertraut ist! Die Gewerkschaftsrichtung Amsterdam.

Lohnregelung in der Silbertwarenindustrie.

Der Schlichtungsausschuß sprach den in der Silbertwarenindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen für die Zeit vom 18. Oktober bis zum 19. Dezember folgende Löhne zu: Facharbeiter 76 Pf. pro Stunde, angeleitete Hilfsarbeiter, die über fünf Jahre im Beruf tätig sind, 63 Pf.; Hilfsarbeiter unter dieser Beschäftigungszeit 50 Pf.; Handpoliererrinnen 52 Pf.; Arbeiterinnen 45 Pf. Der Spitzenlohn betrug bisher 70 Pf. Wie Henschel in einer Volksversammlung der Branchenangehörigen mitteilte, hatten die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung abgelehnt. Die Versammlung nahm nach ausgiebiger Diskussion den Schiedsspruch gegen eine starke Minderheit an.

Transportarbeiter der Metallindustrie! Heute Dienstag nachmittags Verhandlungen mit dem VBBM. Die Funktionäre und Betriebsdelegierten haben sich bereit zu halten, falls plötzliche Besprechungen erforderlich sind. Einladungen erfolgen durch die Zeitungen. Daher sind die Versammlungsanzeigen zu beachten.

Die Bergarbeiter fordern Lohnerhöhung.

In Bochum fand am Montag eine Sitzung der an den Tarifverträgen im Bergbau beteiligten Verbände statt. Es wurde beschlossen, die geltenden Tarife zu kündigen. Der Beschluß wurde damit begründet, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten eine Lohnerhöhung unbedingt erforderlich mache. Mit Rücksicht auf die eingetretene Preissteigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel sei ein Ausgleich durch Lohnerhöhung gerechtfertigt.

Internationale Berufssekretariate und Ruffenfrage.

(IÖB.) Schon seit geraumer Zeit und besonders seit dem Wiener Kongreß des IÖB. weisen die Russen immer und immer wieder auf die Einseitigkeit bei den internationalen Berufssekretariaten hin, womit angedeutet wird, daß durch die auf dem Wiener Kongreß der Beziehungen zwischen dem IÖB. und den internationalen Berufssekretariaten gefassten Beschlüsse folgerichtig eine Hierarchie geöffnet wurde, durch die die Russen ihr Ziel der Zerstörung der regulären Gewerkschaften erreichen können. Ohne Kommentar geben wir nachstehend die Liste der Konferenzen und Kongresse wieder, die in den letzten Monaten von internationalen Berufssekretariaten abgehalten wurden und auf denen mit oder ohne Distinktion die Aufnahme der Russen abgelehnt oder vertagt worden ist: Bekleidungsarbeiter, 29. und 30. Mai, Wien; Bauarbeiter, 24. und 25. Juni, Stockholm; Transportarbeiter, Juli, Hamburg; Metallarbeiter, 26. Juli, Wien; Friseurgehilfen, 21. bis 23. Juli, Wien; Bergarbeiter, 5. bis 12. August, Prag; Pelzarbeiter, Juli, Berlin; Textilarbeiter, 17. bis 24. August, Wien; Buchdrucker, 8. bis 13. August, Hamburg; Glasarbeiter, 18. September, Prag; Landarbeiter, 17. September, Berlin; Pfl.-Arbeiter, 14. bis 17. September, Wien und Lederarbeiter, 24. bis 25. Juli, Berlin.

bleibt Rheinland-Westfalen fern!

Das Landesarbeitsamt Westfalen und Lippe, Abteilung Bergbau, in Bochum, läßt durch B.L.B. folgende Warnung verbreiten:

In den letzten Tagen hat ein wilder Zustrom von Arbeitern aus fast aller Landesteile Deutschlands in dem rheinisch-westfälischen Industriebezirk eingeseht, der geeignet ist, bei der äußerst ungünstigen Arbeitsmarktlage im Bezirk das Heer der bereits Erwerbslosen im eng besetzten Industriebezirk noch weiter zu vergrößern. Erst am 15. d. M. sind mehrere Tausende von Bergarbeitern infolge Betriebsbeschränkungen entlassen worden und weitere Entlassungen stehen noch bevor. Es wird daher dringend vor jeglicher Zureise in den rheinisch-westfälischen Industriebezirk gewarnt, weil die Erlangung von Arbeit und Unterkunft zurzeit fast ausschließlich ist und eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht in Betracht kommen kann.“

Ausperrung im Frankfurter Baugewerbe.

Die Arbeitgeberverbände des Baugewerbes im Bezirk Frankfurt a. M. haben die Bauarbeiterschaft ausgesperrt, da hier und in Mainz die Arbeiter bei einigen Firmen in Streik getreten waren. Die Arbeitgeber hatten eine Lohnerhöhung abgelehnt.

Zum Lohnkampf in der Oberpfalz.

München, 20. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Krise in der oberpfälzischen Bergbau- und Hüttenindustrie, die durch den Streik auf der staatlichen Zulpold-Hütte (wegen des 17prozentigen Lohnabzuges) und durch die Aussperrung von weiteren 4900 Arbeitern der Privatindustrie seit längerer Zeit befestigt, nähert sich ihrem Ende. Das Sozialministerium hat inzwischen die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruches, der den Arbeitern eine Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. zubilligte, abgelehnt. Die Gründe für diese Entscheidung liegen in der außerordentlich schlechten Konjunktur, in der die oberpfälzischen Betriebe sich gegenwärtig befinden. Die Arbeitgeber haben daraufhin erklärt, daß sie ihre Betriebe ab 23. Oktober wieder öffnen werden. Die Arbeiter haben zu dieser Entscheidung, die für sie eine Niederlage bedeutet, noch nicht Stellung genommen.

In Hamburg sind die in den Modestickerereien beschäftigten Arbeiter wegen Lohnunterschieden in den Streik getreten.

Der Lohnkampf im ostpreussischen Baugewerbe ist beendet. Die Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen haben zu einer Einigung geführt. Die Arbeit ist allenthalben wieder aufgenommen worden.

Drauf der Westdeutscher-Verband Düsseldorf, Bezirk I Berlin, Große allgemeine Westdeutscher-Verammlung (amtlicher Westdeutscher-Verband, die in den IÖB. Betrieben beschäftigt sind, heute Dienstag abend 7 Uhr im Clubhaus, Ohmstraße 2. Stellungnahme zu der Absperrung unserer Manteltextiles und Bekleidungsindustrie, ab 8 Uhr, aber Vertagung. (Referent: Kollege V. Kolbe.) Sachliches und verständliches Ersuchen aller Westdeutscher Kollegen ermahnt der Vorstand des Bezirks I, aus. Betrifft. Kolbe.

Zentralverband der Schuhmacher. Heute, Dienstag, nachmittags 5 Uhr, Branchenvorstellung der Reichs- und Bundesämter und -präsidenten bei H. H. Weber, 8. Die neuen Lohnforderungen. — Mittwoch, den 22. Oktober, abends 6 Uhr, Generalversammlung im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24. Delegiertenversammlung für die IÖB. Kassen- und Beschäftigtenbericht für das 3. Quartal 1924. Die neuen Lohnforderungen. Zutritt nur mit Mitgliedsausweis.

Grafische Gewerbe. Morgen, Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, bei Seminar, Alexanderstraße 44, Versammlung aller Betriebsleiterinnen der grafischen Gewerbe. Wichtige geschäftliche Fragen werden besprochen, alle Funktionäre zur unbedingten Pflicht. Kein Betrieb darf unvertreten sein.

Verbandsrat für das grafische Gewerbe. J. A.: Otto Fiedler.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Victor Galernus; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Glöckner; Feuilleton: Dr. John Schimanski; Soziales und Konflikte: Hans Admas; Anzeigen: Th. Glöckner; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Hierzu 2 Beilagen.

EINER sagt es dem Andern

DUNLOP

CORD

die Weltmarke

bürgt für Qualität!

Die kluge Hausfrau nimmt nur das echte

PALMINE

mit dem Namenzug: *Dryflinck* auf jeder Packung!

Wenn die Drachen steigen.

Zur Zeit der Herbstferien, beim Beginn der Kartoffelernte, wenn die Felder abgeerntet und leer sind, kommt jedes Jahr ein recht volkstümlicher Sport, das Drachensteigen zu Ehren. Es ist nicht die Zeit der „erwachten Linden Blüte“, sondern so ungefähr das Gegenteil davon: der Beginn der Herbststürme, und da zum Drachensteigen der Wind so nötig ist, wie zum Rahnfahren das Wasser, so geschieht's nicht von ungefähr, daß gerade zum Herbst das Drachensteigen losgeht. Jeder Sport hat seine Jahreszeit, jeder Sport hat seine besonderen Freunde und Befürworter; das Drachensteigen ist der volkstümlichste von allen Arten.

Früher und jetzt.

Man nimmt an, daß der Drache, oder wie es richtiger heißen müßte: Drache, von dem Griesen Archytas um 400 v. Chr. erfunden worden ist. Sicher hat zu seinem Bau die Beobachtung leichter, fallender Gegenstände, die vom Winde fortgetrieben wurden, die Anregung und die ersten Richtlinien gegeben. Es ist durchaus nicht unwahrscheinlich, daß gerade die im Herbst von den Bäumen fallenden Blätter die ersten Drachen waren, mit denen die Natur selbst spielte. Die Kinder hatten ihre Freude daran sie hochfliegen noch ihnen, konnten sie nicht greifen, der Wind entführte sie ihnen. Ein Stückchen Pergament war bald an einem Faden gebunden, der Wind trieb es hoch, und vielleicht ist so das Urbild des Drachens zustande gekommen. Wie auch die Formen der Drachen verändert wurden, das Prinzip ist das gleiche geblieben, früher so wie heute, beim Archytas wie beim Franklin, beim Spielzeugdrachen wie beim wissenschaftlichen Hilfsapparat. Die Mode ist selbstverständlich auch an der Gestalt der Drachen nicht vorübergegangen. Sie hat die alte ursprüngliche Form des Rechtecks oder Quadrats in Sechseck und Achteck, in Doppeldreieck mit verschiedenen langen Schenkelpaaren verwandelt. Sie hat Kastenformen entstehen lassen, deren Bau schon wieder größer, weiter reichende physikalische Kenntnisse voraussetzte. In neuerer Zeit hat die Mode bei der wissenschaftlichen Erkenntnis haltmachen müssen. Man hat Anleihen bei den Flugzeugen gemacht, indem mehrere rechteckige Tragflächen schräg übereinander angeordnet wurden, bei denen das Prinzip des Vorbeifliehens der bewegten Luft wohl am klarsten zum Ausdruck kam. Die Wissenschaft von der Luft, ihrer Bewegung und ihrer Ausnutzung hat auch beim Spielzeugdrachen die Entwicklung und den Fortschritt beeinflusst.

Im Herbst auf dem Felde.

Mit der gleichen peinlichen Regelmäßigkeit, mit der bei veränderten Jahreszeiten immer wieder andere Rinderrspiele gespielt werden, stellt sich auch im Herbst der Drang bei unserer Jugend ein (fast könnte man von einer inneren Notwendigkeit sprechen!), den selbstgebasteten Drachen steigen zu lassen. Leider verändern sich die Verhältnisse in der Großstadt immer mehr zum Nachteil dieses Sports. Können Turnmal und Reifenspiele, können Fang- und Treibball noch auf dem Großstadtpflaster gespielt werden, erfordern manche Spiele sogar eine ebene feste Fläche, wie das Hopfenspiel mit „Himmel und Hölle“, so verlangt das Drachensteigenlassen eine räumliche Ausdehnung des Spielreviers, die eben unsere Steinbauten, Städte genannt, nicht mehr zulassen. Der Platz muß nicht nur groß, er muß auch hoch sein. Welche Stadt bietet heute noch in ihren Mauern die Möglichkeit, einen Drachen steigen zu lassen? Gewiß waren auch früher schon die Telephondrähe, die sich in nachdenklicher Bieselheit über die Häuser und die Straßen spannten, eine Gefahr für die Drachen — von der Gefahr, die die Drachen für die Leitungsdrahten bedeuteten, reden wir heute nicht —, aber ein Spaziergang von wenigen Minuten führte aus den Häuserhöfen hinaus auf ein Feld, das in jeder Hinsicht den Ansprüchen der jungen Aeronauteur entsprach. Dieser Spaziergang wurde dann oft zu einem Triumphzug für den glücklichen Besitzer eines Drachens, wenn Vater oder der größere Bruder einen besonders großen und bunten gebaut hatten. Der Feld war bei den anderen, wenn der Tischler-Vater ein paar schöne saubere Leisten von der Arbeit heimgebracht hatte, die dann, kreuzweis übereinander genagelt, die erste Grundform für die Drachengestalt abgaben. Und wenn gute Beziehungen zum Kaufmann nebenan noch den kostlosen Erwerb eines abgefallenen Margarinfahrlinien ermdöhlchen, der den Drachen oben schön bogenförmig gestaltete, so zogen Seligkeit und Stolz zugleich in die junge Menschenbrust ein. Für wenige Pennige wurden einige Bogen Seidenpapier beim Buchhändler erstanden, die das Holzgerüst zur Tragfläche vervollständigten. Ein Schwanz

wurde aus den Papierabfällen geknotet; an den Seilenden kamen zwei Ohren in Gestalt von „Fischeln“, wie der Berliner die Troddeln nennt, heran, und das Ungetüm war fertig. Gewisse Schwierigkeiten bereitete immer der Erwerb der „Drachentippe“. Je größer der Drache, um so stärker und fester mußte die Schnur sein, desto höher war aber auch das notwendige Anleihekapital. Reichten die Vorräte nicht aus, die aus dem Ruchentischler und dem Strippenbeutel hervorgeholt wurden, dann mußte Vater doch noch 20,



30 Pf. für einige Knäuel spüren. Sobald dann der auch fürs Drachensteigen notwendige „günstige Wind“ wehte, ging's hinaus auf den Klettsberg in der Gegend am Viehhof, oder im Norden auf die Reihberge, oder im Süden auf das Friedrichshafen der Amateurlugkünstler, auf das Tempelhofer Feld. Der Betrieb auf der Höhe bei den Segelflügen wird kaum größer gewesen sein als früher der Flugbetrieb auf diesem Urberliner Felde. Mit Rind und Regel ging's hinaus: der Drache oft größer als sein übersüßlicher Besitzer, das Familienoberhaupt mit der Strippenhölzer, und Mutter trug die Provianttasche. Dann stiegen die Drachen hoch und höher, oft aufschwanden sie den Blicken oder waren nur als kleine schwarze Punkte sichtbar. Der gefaschelte Ehrgeiz veranlaßte zum Neuzug weiterer Schnurmengen. „Briefträger“ wurden die Schnur entlang geschickt, die sich bis zum Drachen emporkneten. Schließlich kam die Dunkelheit; der Wollentürmer wurde eingeholt, an seinem Schwanzende ein brennender Compton befestigt und die letzte Abendbrise trug das Licht nochmals empor, um bei den Himmelslichtern Adoptivkind zu sein. Lange hielt es der Lustklub in der neuen Umgebung meist nicht aus, er strebte bald wieder der Mutter Erde zu, wenn er nicht etwa früher schon sein Licht zu stark leuchten ließ und seinen Fürwitz mit dem Flammentode bezahlen mußte. — Der Spaß hatte kein Ende gefunden. Betrieben „sog man“ beim in dem stolzen Bewußtsein, bei dem billigen, echt volkstümlichen Sport nicht der letzte gewesen zu sein.

Wo ist heute dieses billige Vergnügen geblieben? Die schönen Drachensfelder haben Asphaltstraßen, günstigensfalls schön gezelebten Schmutzplätzen Platz gemacht, in denen ein Bäcker streng darauf achtet, daß kein Fuß den Rasen betritt. Statt der Papierdrachen schweben an meterlangen Baumwollfäden bunte Gummiballons in der Luft, für die die chemischen Werke das Füllgas bereiten haben. Und auf unserem Tempelhofer Feld stiegen andere Drachen: Flugzeuge, die nicht dem Sport, sondern ernsthaftem Verkehr dienen. In der Entwicklung vom primitiven Drachen zum technisch durchgebildeten Flugzeug liegt ein Stück Menschheitsgeschichte eingeschlossen.

Mieter-Protestwoche.

Der Reichsbund deutscher Mieter, die durch den Zusammenschluß des Bundes deutscher Mietervereine (Sitz Dresden) und des Deutschen Mieterbundes (Sitz Berlin) geschaffene Einheitsorganisation der deutschen Mieterchaft, veranstaltet in der Woche vom 19. bis 26. Oktober über das ganze Reich eine Mieter-Protestwoche gegen den Abbau des Mieterschutzgesetzes. Diese Kundgebung ist veranlaßt worden durch die Anträge der Rechtsparteien auf schnelle Beseitigung der Mieterschutzgesetzgebung. Die Deutschnationale Volkspartei hatte schon zum 1. August d. J. die Aufhebung des Reichsmietergesetzes für alle gewerblichen Räume von einer gewissen Friedensmiete an (in Berlin über 1500 M. jährlich) beantragt. Die Deutsche Volkspartei will das Reichsmietergesetz am 31. Dezember d. J. überhaupt aufgehoben wissen und die Wirtschaftliche Vereinigung (Hausbesitzerpartei, Welfen und Bayerischer Bauernbund) fordert den Abbau des Mieterschutzgesetzes und des Wohnungs-mangelgesetzes. Diese Parteien ist es offenbar gleichgültig, daß die Mieterchaft auf diese Weise trotz steigender Wohnungsnot dem Hausbesitz auf Gnade und Ungnade ausgeliefert werden würde. Diesen Parteien ist es offenbar auch gleichgültig, daß jede Mietzinssteigerung um 10 Proz. der Friedensmiete die deutsche Wirtschaft mit 500 Millionen Goldmark jährlich belastet, nur um dem Hausbesitz die Ausnützung aus der Entzignung der Hypothekengläubiger zuteil werden zu lassen, d. h. um den deutschen Hausbesitz in den Besitz von circa 50 Milliarden Goldmark fortgesetzter Hypotheken zu bringen.

Da mit der Erreichung der Friedensmieten der weitem noch nicht der Ausgleich zwischen den Mietern im Neubau gegenüber denen im Altbau erzielt sein wird, sondern die Mieten bei freier Wirtschaft weit über die Friedensmiete steigen würden, so ist leicht zu errechnen, daß die Belastung der deutschen Wirtschaft durch eine derartige Mieterhöhung die Kosten des Dawes-Guthachtens noch erheblich übersteigen würde. Die Mieterchaft wehrt sich also mit gutem Recht gegen die katastrophale Wohnungs- und Mietenspolitik der Rechtsparteien.

Da der Reichsbund deutscher Mieter weit über 2000 Ortsvereine zählt und die Organisationen in den größeren Städten mehrere Protestversammlungen veranstalten, so ist mit mehreren tausend Protestversammlungen im ganzen Reich zu rechnen, die hoffentlich ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung und auf die Reichstagsfraktionen wie auf die Regierungen des Reichs und der Länder nicht verfehlen werden.

Die Berliner Versammlungen werden durch Flugblätter, die zur Verteilung gelangen, und — soweit sie zu unserer Kenntnis kommen — durch den Versammlungsstatender bekanntgegeben werden.

Reichsbund deutscher Mieter, Ortsverein Charlottenburg. Große öffentliche Protestversammlung gegen den Abbau des Mieterschutzgesetzes am Mittwoch, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, in der Schulkaula der Gemeindefchule Dranienstr. 13.

Die Straße des Glends.

En der Eingangspforte zum Flugplatz Johannisthal drängen sich zur Filmaufnahme Männer und Frauen mit ihren Kindern. Der erste proletarische Film „Schmiede“ soll gedreht werden, der das Volk wahrheitsvoll, sich der Organisation anzuschließen, ohne die Streiks nutzlos sind; Regisseur Martin Bergre nimmt gerade die Szene „Straße des Glends“ auf, die die vom Kapitalismus ausgebeuteten, auf die Straße gemworfenen Menschen zeigt. Diese Straße ist schnell und hübsch aufgebaut worden, aus primitivsten Mitteln, mehr angebetet, aber täuschend echt; ebenso verblüfft das Milieu in den einzelnen Häusern; es ist der Wirklichkeit abgelauert. Und die Menschen, die über diese fluchbeladene Straße ziehen, sind noch edler. Man sieht da manchen Charakterkopf, markante Züge, berehend, Schminke ist da überflüssig. Wie oft ist der Film von Zufälligkeiten abhängig, und wie viel Mühe macht mitunter die kleinste Szene! Heute ist die Aufnahme kaum schwierig, denn die Schtheit der Darsteller aus dem Volke ist zu überzeugend; sie arbeiten hier an ihrem einzigen freien Tage sozusagen aus Idealismus, da die Josa nur Fahrgelder und Verpflegung bestreitet.

Der Mittelweg.

Von Sir Philip Gibbs.

Nach einer Bitte, die Joyce der Pflegerin zugeflüstert hatte, trug Bertram den kleinen Sarg, bevor er geschlossen wurde, noch einmal zu ihr hinein. Er war wie ein Spielzeugfarg mit einer Puppe darin. Joyces Augen füllten sich mit Tränen, aber sie drehte den Kopf zur Wand und sprach kein Wort.

„Webes, Liebes,“ flüsterte Bertram bewegt. Obgleich er viele Jahre hindurch mit dem Tod Seite an Seite marschiert war, brach auch er beim Anblick der kleinen Leiche fast zusammen. Als er seinen eigenen Namen auf dem Sarge zum ersten Male las, erschreckte er. Er schien ihm ein Symbol von dem, was in ihm selbst gestorben war, von seiner Jugend, seinen Hoffnungen.

„Wenn ich Sie wäre,“ sagte die Pflegerin, als sie neben Bertram, der den Sarg auf seinen Knien hielt, im Wagen saß, würde ich nicht immer zu Hause sitzen, sondern mal ausgehen und mit meinen Freunden zusammen sein.“

Sie war ein gutes menschliches Geschöpf und im Kriege hatte sie gelernt, mit Männern Mitleid zu fühlen.

„Die meisten meiner Freunde sind gefallen,“ sagte Bertram leise.

Die Pflegerin lachte, nicht herzlich, sondern nur um ihn aufzumuntern: „Halten Sie sich an die, die leben geblieben sind. Das ewige Gräbeln hat keinen Zweck, Kopf hoch!“

„Kopf hoch!“ Das alte Kriegswort. Selbst jetzt wirkte es noch auf Bertram. Es richtete ihn etwas auf. „Wenn ich nur in einen Beruf hineinkommen könnte, Schwester!“ leuchtete er.

„Wir könnten einen neuen kleinen Krieg ganz gut gebrauchen,“ antwortete sie.

Er sah sie unsicher von der Seite an: „Das ist doch nicht Ihr Ernst, Schwester?“

Sie lächelte: „Geben Sie nur ruhig zu, daß Sie das selbst schon manchmal gedacht haben, Herr Major. Der Krieg ist die Hölle. Natürlich. Aber doch, es war etwas in ihm...“

„Der Sinn des Lebens ist verloren gegangen,“ sagte Bertram. „Es ist alles so zwecklos geworden...“ „Liebe,

Leben, Arbeit!“ sagte die Pflegerin. Ja, ja, gewiß. Aber ich sehe keinen Zusammenhang mehr in den Dingen. Ich quäle mich ab, ohne ein Ziel zu haben. Und für meinen Lyp scheint es nun einmal keine Arbeit zu geben. Bei den Maschinenengewehren war in dieser Beziehung ja alles in Ordnung. Aber glücklicherweise braucht man die jetzt nicht mehr.“

„Männer braucht man immer und wird man immer gebrauchen,“ sagte die Schwester. „Richtige Männer, so wie Sie einer sind.“

Diese Worte trösteten ihn. Er sprach nichts mehr, bis der winzige Sarg in die Erde gesenkt worden war und er mit der Pflegerin wieder zurücksuhr.

„Schwester,“ rief er, „ich werde eine Arbeit finden, und wenn ich dafür sterben müßte.“

„Finden Sie eine Arbeit und leben Sie dafür!“ gab sie zur Antwort.

Joyce schlief, „tiefer wie ein Brunnen,“ sagte die Pflegerin. Bertram hatte sein Mittagessen beendet, dessen Einsamkeit er ebenso haßte, wie die erzwungene Ruhe, mit der er die geschwägigen Bemerkungen des Hausmädchens Edith über sich ergehen lassen mußte, die ihn mit tragischer Miene und dem Wunsch, ihn ihr Mitgefühl spüren zu lassen, bediente. Obgleich er das Mädchen sonst gut leiden mochte, wünschte er sie wegen seiner überreizten Nerven jetzt zum Teufel und wies sie, als sie ihm zum zweiten Male die Speise reichen wollte, mit einer Ungeduld, die er nur schlecht durch ein „Danke Ihnen, Edith, um Himmels Willen, bloß nichts mehr,“ verhüllte, ab. Dann ging er in sein Arbeitszimmer, schlug die Tür hinter sich zu und setzte sich an seinen Schreibtisch, um einige Schreibereien zu erledigen.

Aber es war ihm unmöglich, sich zu sammeln. Das Ticken der Kaminuhr brachte ihn zur Verzweiflung. So hatte sie in seinem Gehirn während der Stunden, wo ihr schnelles, leises Ticken Joyces Leben hinwegzunehmen schien, gehämmert. Gottseidank, es ging ihr jetzt gut, vorausgesetzt, daß der Arzt und die Pflegerin nicht logen. Er nahm Joyces Photographie vom Kamin und küßte sie. Er wollte versuchen, weniger empfindlich zu sein und sich seinen Leuten nicht mehr so hinzugeben. Dann suchte er halbblau vor sich hin, weil das Telefon wieder klingelte. Es war ungefähr zum zehnten Male in der letzten Stunde, Joyces Freunde wollten alle wissen, wie es

ihr ginge. Warum, zum Teufel, hatten sie nicht den Taft, ihn und das Telephon in solchen Tagen unbehelligt zu lassen?

„Sind Sie es, Herr Pollard? O Verzeihung, aber können Sie mir nicht sagen, wie es Joyce heute geht?“

Das war die übliche Frage, und seine Antwort war kurz: „Ganz gut, danke,“ und dann knallte er den Hörer wieder auf den Apparat. Er hatte keine Lust, Einzelheiten zu berichten.

Diesmal war es eine männliche Stimme. „Sind Sie es, Bertram? Hier ist Kenneth Murley. Wie geht es denn Joyce?“

Boher nahm Kenneth das Recht, an einem solchen Tage solche Fragen zu stellen? Das war wieder echt seine Unerschämtheit. Und doch, Joyces wegen, die Kenneth gern hatte, fühlte er sich verpflichtet, diesmal eine etwas höflichere Antwort zu geben: „Es geht ihr gut.“

„Grüßen Sie sie herzlich, allerherzlichst von mir,“ sagte Kenneths Stimme durch den Draht. „bestellen Sie ihr, daß mir ihr Verlust schrecklich leid tut.“

Seinen herzlichsten Gruß! Bertrams Gesicht überzog sich mit einer tiefen Röte, als er an diesem verdammtesten Instrument stand. Seinen allerherzlichsten Gruß! Das ging doch etwas zu weit.

„Ich fürchte, es geht ihr noch nicht gut genug, um ihr schon irgendjemandes allerherzlichste Grüße zu bestellen,“ sagte er eisig.

„Rein tiefstes Beileid, alter Freund,“ antwortete Kenneth.

Bertram hängte an. Er hatte nicht das Bedürfnis, von Kenneth Beileidsbezeugungen entgegenzunehmen. Er wünschte, daß dieser Bursche seine griechische Nase in seine Arken im Auswärtigen Amt stecke und sie dort ließe; sie schwebte sonst in Gefahr, eines Tages gebrochen zu werden.

Der nächste Anruf glättete seine Stirn schon nach den ersten Worten.

„Bist du's Mutter? Ja, Joyce scheint jetzt außer aller Gefahr zu sein. Ich soll zu dir kommen: . . . Ist denn der alte Herr nicht zu Hause? Die irische Debatte? Ach, diese Riefendummheit habe ich ja ganz vergessen. Schön, ich komme dann.“

(Fortsetzung folgt.)

Wohlfahrtsminister und Ärztekammer.

Auf die Anfrage des Gen. Dr. Wenzl im preussischen Landtag, wie sich der Wohlfahrtsminister zu den Maßnahmen der Ärztekammer im Falle des Prof. Siepmann stelle, antwortet der Minister Hirtfelder:

Nach § 2 des Gesetzes vom 25. Mai 1887 umfaßt der Geschäftsbereich der Ärztekammer auch die Erörterung von wirtschaftlichen Angelegenheiten. Es erscheint aber durchaus zweifelhaft, ob eine besondere Vertragskommission eingesetzt werden darf, die bestimmte wirtschaftliche Forderungen der Ärztekammer den Verträgen gegenüber erzwingen kann. Diese Frage wird der Minister von den Oberpräsidenten nachprüfen lassen, und insbesondere nachprüfen lassen den Fall des Berliner Professors, dem von einer Ärztekammer ein Vertrag mit der Geschäftsstelle der Ambulatorien nicht genehmigt ist.

Die Berliner Krankenkassen wollen bestimmt eine Frauenklinik einrichten. Hervorragende Vertreter der Ärztekammer hätten hierbei ihre Mitwirkung zugesagt. Um so befreundeter mußte ein Schreiben der Berliner Ärztekammer an Professor Siepmann wirken, durch das die Ärztekammer in durchaus unverständlicher Weise in die Beziehungen eingriff, die zwischen Verträgen und Krankenkassen bestehen. Das Schreiben, das Gen. Wenzl Veranlassung zu der oben erwähnten Anfrage gab, hatte folgenden Wortlaut:

„Die Groß-Berliner Vertragskommission kann dem von Professor Siepmann vorgelegten Vertrag mit dem Verband der Krankenkassen im Bezirk des Oberpräsidenten Berlin die Genehmigung nicht erteilen, und zwar aus folgenden Gründen: Die Einrichtung einer „Frauenklinik Nord“ (es handelt sich um die Einrichtung einer Klinik mit Betten und Ambulatorium, um dort den Frauen und Kindern Rat und Hilfe angedeihen zu lassen) ist offensichtlich nur ein Schritt auf dem Wege der von den Krankenkassenverbänden verfolgten Politik, die auf Monopolisierung der Krankenversorgung in Eigenbetrieben ausgeht und letzten Endes zur Vernichtung der freien ärztlichen Berufsausübung führen muß. Es ist zu befürchten, daß der geplanten „Frauenklinik Nord“ weitere Klinische Kassenanstalten folgen, sei es für die einzelnen Fachgebiete, sei es für die verschiedenen Stadtbezirke. Die daraus entstehenden Folgen für die klinische Betätigungsmöglichkeit der Fachkräfte in Groß-Berlin liegen auf der Hand. Es kann angefochten werden, daß die verschiedenen Abteilungen in den städtischen, charitativen und staatlichen Krankenhäusern sowie der zahlreichen Privatkliniken, die Kassenmitglieder zu dem üblichen Gehalt aufnehmen, keine Rede davon sein, daß ein Bedürfnis nach Spezialkliniken der Kassen vorhanden ist, deren Schaffung unter Anwendung sehr großer Mittel, also auch volkswirtschaftlich nicht zu rechtfertigen wäre. Die Vertragskommission erblickt in dem Vorhaben der Kassen, das mit der in Rede stehenden Klinik eingeleitet wird, einen weiteren Vorstoß gegen die Freiheit des ärztlichen Berufs und hält alle vertraglichen Beziehungen zu den Krankenkassen, die nicht im Rahmen der kassenärztlichen Verträge liegen, für eine schwere Gefahr für die freie Ärzteschaft. Daher hat die Vertragskommission beschlossen, den vorliegenden Vertrag abzulehnen.“

So vorsichtig auch die Antwort des Ministers gehalten ist, so läßt sie dennoch erkennen, daß zum mindesten im Ministerium das Vorgehen der Berliner Ärztekammer keine Billigung findet.

Der Mord an der Händlerin Bod.

Sechs Jahre Gefängnis für Franziska Chmielewski.

Vor dem großen Schwurgericht des Landgerichts sind gestern die Verhandlung gegen die Arbeiterin Franziska Chmielewski statt, die die Händlerin Bod, bei der sie zusammen mit dem Zeugen Sadehski gewohnt hat, ermordet hat.

Frau Bod betrieb ein kleines Ladengeschäft in der Fürstenbergstraße 10. Sie wohnte in einer kleinen Stube neben dem Laden. Die Angeklagte Chmielewski und der Zeuge Sadehski hatten sich im Jahre 1920 verlobt, die Verlobung wurde aber wieder aufgelöst. Es bestanden zwischen der Frau Bod und der Angeklagten seit längerer Zeit Zwistigkeiten. Am 26. August 1923 begab sich die Angeklagte in das Zimmer der Frau Bod. Es kam zu einem Wortwechsel zwischen den beiden. Schließlich warf die Angeklagte Frau Bod auf das Bett und würgte sie am Hals. Dabei bemerkte die Chmielewski, daß die Halsadern der Bodentür hochgezogen waren. Sie ließ von der Frau ab und schloß die Tür ab. Dann fiel sie wieder über die Frau her und erwürgte sie. Die Angeklagte nahm darauf etwa 4 Millionen Mark, einen goldenen Ring und verschiedene Wäschestücke an sich, die sie in einen Sack tat, der auf dem Hängeboden lag. Die Angeklagte gibt an, daß sie in Wut darüber, daß die Bod ihr den Brautring abspenstig gemacht hätte, die Tat begangen habe, und zwar ohne Ueberlegung. Dagegen behauptet die Anklage, daß die Tat fahrlässig und mit Ueberlegung ausgeführt worden sei. Die Angeklagte erzählte dann Einzelheiten aus ihrer Jugend und schilderte die trüben häuslichen Verhältnisse. Ihr Vater sei ein Trunkenbold gewesen. Die Mutter habe für alle arbeiten müssen. Die Mutter, die vom Vater geschieden worden sei, habe ihre Wut an den Kindern ausgelassen. Im Zusammenhang mit der Verhandlung mußte der Schlichter Sadehski, der Liebhaber der Angeklagten Chmielewski, zugeben, daß er sie wiederholt brutal mißhandelt habe, auch noch, als sie in hochschwangerem Zustande sich befand. Weiter gab er auch zu, daß er während des Verkehrs mit der Angeklagten schon Beziehungen mit einer anderen Frau angeknüpft habe. Frau Bod habe ihm dazu geraten und immer gelacht, er solle die Angeklagte, die von ihm schon zwei Kinder hatte, sitzen lassen, da sie für ihn zu alt sei. An dem verhängnisvollen Morgen habe er keine neue Braut Frau Bod vorzestellt gehabt. — Der Staatsanwalt nahm nur Todesstrafe mit nachfolgendem Diebstahl an und beantragte gegen die Angeklagte 6 1/2 Jahre Zuchthaus unter Verlesung mildernder Umstände. Die Rechtsanwältin Dr. Arthur Brandt und Dr. Herbert Fuchs wiesen darauf hin, daß es sich um eine nach den Gutachten der Ärzte geistig sehr tief stehende Person handele. Das Schicksal dieser im Leben herumgestohlenen Frau verdiene Mitleid. Das Gericht billigte nach längerer Beratung der Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte sie wegen Todesstrafe und Diebstahl zu sechs Jahren Gefängnis. In den Urteilsgründen sprach Landgerichtsdirektor Dr. Schimmel das Bedauern aus, daß das Geschick keine Handhabe biete, den Haupttätern, nämlich den Geliebten der Angeklagten, der die moralische Verantwortung für die Tat trage, zur Rechenschaft zu ziehen.

Der Gattenmord in der Belle-Alliance-Straße.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts II begann gestern die zweiteilige Verhandlung gegen den Portier Karl Prüfer, der be-

schnüßig wird, seine Ehefrau Luise durch Beistöße getötet zu haben, um sich ihrer zu entledigen. Wie erinnert, wurde Frau Luise Prüfer am 8. Februar 1924 in der Portierwohnung, Belle-Alliance-Straße 13, mit eingeschlagenem Schädel tot aufgefunden. Die Verhandlung entrollte ein trübes Ehebild. Der Angeklagte bestritt, die Tat mit Ueberlegung ausgeführt zu haben. Er habe in Notwehr gehandelt. Ein wahres Marietrium habe er in dieser Ehe durchgemacht. Seine Frau sei zankfüchtig gewesen und habe ihn und die Kinder vernachlässigt. Dazu komme, daß sie ihn ständig mit anderen Männern betrogen habe. Von den fünf Kindern der Ehe, von denen noch drei leben, stamme nur eins

Oeffentliche Versammlungen!

Heute, Dienstag, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr:

- 6. Kreis Kreuzberg: Gewerkschaftshaus, Engelauer 25/26. Tagesordnung: Bürgerblock oder Reichstagsauflösung. Referent: Landtagsabgeordneter Gen. Dr. Wenzl. — Freie Aussprache.
- 16. Kreis Cöpenick: Aula der Körnerschule, Lindenstr. 11. Referent: Gen. Kurt Richmann. Thema: „Die politische Lage.“

Oeffentl. Frauenkundgebung

Donnerstag, den 23. Oktober, abends 7 Uhr, in der Bodbrauerei, Fildinstraße 2/3.

Thema: „Gegen Drohverkeuerung und Jollmacher.“ Referentin: Reichstagsabgeordnete Frau Bohm-Schuch.

von ihm. Ein Kind sei geboren, während er im Felde war. Mehrfach habe er seine Frau mit anderen Männern übernachtet. Sie hätten sich wiederholt getrennt gehabt und seien erst wenige Tage vorher, als er die neue Portierstelle erhalten hatte, wieder zusammengezogen. Die Frau habe aber gleich wieder Streit angefangen, weil er nicht genug verdiente. Am 8. Februar sei er abends nach Hause gekommen und habe in der Wohnung einen fremden Mann in Hemdsärmel vorgefunden, den seine Frau ihm als einen alten Bekannten namens Hoffmann vorstellte, der gekommen sei, ihm Arbeit nachzuweisen. Nach dem Weggange Hoffmanns habe die Frau ihn beschimpft, und als es zum Wortwechsel kam, zur Feuerzange gegriffen und auf ihn einschlagen wollen, so daß ihm die Pfeife aus dem Munde flog. Als er sie beruhigen wollte, sei sie noch frecher geworden, habe ein Beil ergriffen und ihn auch am Oberschenkel getroffen. Nun seien sie handgemein geworden. Sie habe sich das Beil nicht entziehen lassen wollen, und da habe er den hochgehobenen Arm ergriffen und mit ihr gerungen. Dabei sei er zurückgeprallt, und das Beil sei der Frau direkt gegen den Kopf geflogen. Sie wankte mit gequälten Augen, dunkelrotes Blut sei aus der Wunde gestossen. Der Vorstehende machte den Angeklagten auf zahlreiche Widersprüche aufmerksam. Dieser blieb aber dabei, daß er in Notwehr gehandelt habe. Mehrere Zeugen bekundeten, daß die Gelübte ein sehr böses Weib war. Sie gab sich mit vielen Männern ab. Die Kinder und die Wohnung starrten vor Schmutz. Der Mann konnte ihr nicht Genüge leisten und nicht genug verdienen. Seinen Verdienst verwendete sie für Räsereien und Land. Der Angeklagte habe oft bitter geklagt. Sie selbst habe auch wiederholt geäußert, daß sie ihm eins mit der Feuerzange auf den Kopf haben werde. Allerdings hat der Angeklagte ebenfalls ähnliche Äußerungen, und nach am Tage der Tat, zu einem Freunde gemacht. Dieser will diese Redensart aber nicht ernst genommen haben. Die Verhandlungen wurden schließlich auf heute früh vertagt.

„Sie fahren weit weg.“

In Eggersdorf bei Spandau wurden gestern die 20 Jahre alte Fabrikarbeiterin Frida Müller aus der Reichenberger Straße 131 erschossen und der 21 Jahre alte Schlosser Max Haerich aus der Spanbauer Straße in Berlin erhängt aufgefunden. Haerich hatte seine Braut erschossen und darauf versucht, sich an seinen Hosensträgern zu erhängen. Als diese entzweierten, drehte er die Zuerne seines Hemdes zusammen und wiederholte den Versuch. Diesmal gelang es ihm, sein Ziel zu erreichen. Der Beweggrund der grausigen Tat ist noch nicht zu erkennen. Auf einem Zettel an Frau Müller, die Mutter der Erschossenen, stehen folgende Worte: „Liebe Frau Müller! Wir haben uns beide sehr gut vertragen. Wir fahren jetzt weit weg!“ Das Mädchen hatte jedenfalls keine Ahnung von dem Vorhaben ihres Geliebten, da es noch am Abend vorher in fröhlichster Stimmung gewesen ist. Haerich war stets ein verschlossener Mensch gewesen. Vielleicht hat er die Tat in einem Anfall von Geisteskrankheit begangen.

Über 200 000 Besucher in Seddin. Am letzten Sonntag ist die eisenbahntechnische Ausstellung Berlin-Seddin geschlossen worden. Bis zum letzten Tage waren die Ausstellungshallen und das Gelände stark besucht. Insgesamt sind mehr als 200 000 Besucher in Seddin gewesen, darunter zahlreiche Ausländer. Die ungewöhnlich rege Anteilnahme hat gezeigt, wie volkstümlich die Eisenbahn und namentlich die Lokomotive in Deutschland ist.

Das Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 21. Oktober.

Außer dem üblichen Tagesprogramm: 4.30—6.30 Uhr abends: Unterhaltungsmusik (Berliner Funkkapelle). Während der Pausen: „Ratschläge fürs Haus“, 7.45 Uhr abends: Vortrag des Herrn Direktor von Müller, Präsidenten des Reichsamts für Landesaufnahme: „Die Bedeutung der Landesaufnahme“, 8.30—10 Uhr abends: VI. Sonderveranstaltung der Funkstunde unter Mitwirkung von Fausto Ricci (Bariton der Mailänder Scala), Ipolyka Gyarfas (Violine), Otto Urack (Cello). 1. Adagio aus der D-Dur-Sonate, Locatelli (Otto Urack). 2. Violinkonzert in A-Moll, Vivaldi (Ipolyka Gyarfas). 3. a) Visione Veneziana, R. Brogi. b) Marechiaro, Paola Tosti. c) Piccola Zingera aus der Oper „Zaza“, Leoncavallo (Fausto Ricci). 4. a) Liebesleid, Kreisler. b) V. Ungarischer Tanz, Brahms-Hubay (Ipolyka Gyarfas). 5. a) Credo, Verdi. b) Maria Maria, Di Capua. c) Prolog aus der Oper „Bajazzo“, Leoncavallo (Fausto Ricci). 6. a) Andantino, Martini Kreisler. b) Serenade, Pierné (Otto Urack). Am Schwelchten-Flügel: Hans Philipp Hofmann. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitansage, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theaterdienst.

Der Kampf um das Stüchchen Land.

Die Kleingärtner befinden sich in schwerer Bedrängnis; sie schweben in steter Gefahr, aus ihrem Paradiese verdrängt zu werden. Wer die jetzt veranstalteten Kleingartenbau-Ausstellungen besucht, wird ihre Angst und Erbitterung vollaus zu würdigen wissen, haben sie doch gezeigt, mit welcher Lust und Liebe der Großstädtler an seiner winzigen Scholle hängt und wie reich sein Fleiß und seine Mühe um dieses Stüchchen Erde belohnt werden. Auf ihr ist keine Komitologie glücklich und sie läßt sie das Glied der Weltstadt einmal vergessen. Der Kleingärtner ist gewissermaßen die Sommerreise des armen Mannes. Um die Erhaltung des geliebten Besitzes hat nun ein Kampf begonnen mit jenen Behörden, denen jedes Verständnis für die einfachsten Bedürfnisse der arbeitenden Klasse fehlt, die aus rein magerischen Gründen den Bodenspekulanten ihr Ohr leihen. Der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands veranstaltet deshalb augenblicklich eine Werbewoche, auf die wir bereits in einem längeren Beitrag vorbereitet haben. In dem Rahmen dieser Veranstaltung im dichtgefüllten Saal lag ein Vortrag des Regierungsrats Albrecht, der einen anschaulichen Ueberblick über die Geschichte und Werden des Kleingartenwesens vermittelte.

Schon im Mittelalter finden wir Kleingärten an den Stadtmauern, die Bürgergärten, sozugen ein Hausgartenersatz. Einen solchen stellen auch unsere heutigen „Gartenhäuser“ vor, jenen Hinterhäuser in den Mietkasernen, die das Zeitalter der Industrie uns gebracht hat. Dem Heimstättengesetz entspricht aber das Kleingartenhaus mit Ruggarten, und

Artikel 155 der Reichsverfassung sichert jedem Deutschen eine gesunde Wohn- oder Wirtschaftsstätte

zu. Nur drei Städte fördern diesen Gedanken: Kiel, Flensburg und Weipzig. Erstere in großzügiger Weise; leidet geschieht die Verpachtung nach Meistgebot. In Weipzig war es Dr. Schreiber, der die Jugendpflege organisierte, Spielplätze schuf, aus denen sich langsam die sogenannten Schrebergärten entwickelten, eine Bewegung, die sich lediglich auf Mitteldeutschland erstreckte. Ähnlich gründete nach in Frankreich gemachten Studien Geheimrat Bielowitz seine Kolonien; das Rote Kreuz verhielt sich übrigens ablehnend. Die größte Bewegung war die spontane der hausgartenlosen Wohnungsinhaber, meist ehemalige Landbewohner; sie pachteten Laubengelände von einem Generalpächter, der es wiederum von den Bodengesellschaften gepachtet hatte. Damit war von vornherein der Wucher beseitigt; er führte schließlich zu Organisationen. Während der Kriegszeit wurde die Bevölkerung aus nahemirralischen Gründen aufgespart, jedes Brodland nutzbar zu machen. Verordnungen über Bereitstellung und Höchstpreise brachten dann am 31. Juli 1919 das Reichskleingartengesetz; das Privatgeneralpächtertum wurde beseitigt. Die Erfolge dieses Gesetzes waren angemessene Pachtpreise, soziales Kündigungsrecht, das Kleingartenrecht, das Recht, das wichtigste, hat es nicht gebracht: das Recht auf Dauerbest. Was die Stadtgemeinde Berlin anbetrifft, so hat sie bisher bloß für Kartoffelparzellen gefordert; der künftige Generalbebauungsplan berücksichtigt das Kleingartenwesen wenig. Das heutige Verkehrswesen macht aber die Zusammenbringung der Industrie innerhalb der Großstadt nicht nötig, und die Arbeiterschaft müsse ihre Gärten in erreichbarer Nähe haben. Der Redner betonte, daß das Volkswohlfahrtsministerium die Dauerkleingärten begünstigt; bestimmte Gebiete sollen für sie freigegeben werden; sie sind ein volksgesundheitsliche Notwendigkeit, was von allen Parteien nur die sozialdemokratische erklärt hat. Boden sei überdies genügend vorhanden, den man billig kaufen könnte, wenn man ehrlich wollte.

Bei einer Schlägerei erschossen.

In der Nacht zum 10. August d. J. um 1 Uhr wurde in das Krankenhaus in Sudow ein Mann eingeliefert, der einen Messerstich in das Gehirn erhalten hatte. Er ist jetzt an den Folgen dieser Verletzung gestorben und wurde festgestellt als ein Straßenhändler Weichert. Die Ermittlungen ergaben, daß er den tödlichen Stich in jener Nacht bei einer Schlägerei zwischen Straßenhändlern, Straßenmädchen und Wursthändlern in der Mantelstraße in der Gegend der Stallger und Raumnstraße erlitten hatte. Es ist aber noch nicht gelungen, die Täter zu ermitteln. Wer zur weiteren Aufklärung beitragen kann, insbesondere Zeugen der Schlägerei werden ersucht, sich bei Kriminalkommissar Kohl im Polizeiamt Kreuzberg, Zimmer 44—46, am Belle-Alliance-Platz 5, zu melden.

Änderungen im Straßenbahnverkehr.

Vom 20. Oktober d. J. ab wird die Linie 176, Hundeleh-Zentralviehhof, über Eidenauer Straße, Scheffelsstraße und Möllendorfsstraße bis zum Roedernplatz in Lichterfeld verlängert. Auf der Linie 97, Bahnhof Südbunde-Mariendorf, wird während der Hauptverkehrszeiten früh und nachmittags der Fahrabstand von 20 auf 15 Minuten vermindert. Die Linie 40, Siedlich-Swinemünder Straße, wird anstatt über Leipziger Straße, Spittelmarkt, Roffenmarkt, Rothaus, Spandauer Straße, Neuer Markt von der Leipziger Straße über Mauertstraße, Französische Straße, Sülicher Lindentunnel, Dorotheenstraße, Kupfergraben, Eiserne Brücke, Museumstraße, Burgstraße, Neue Promenade zum haldischen Markt und weiter wie bisher geführt. Die Linien 12 und 32, die wegen Bauarbeiten durch den westlichen Lindentunnel geführt wurden, werden vom 20. d. M. ab ebenfalls durch den östlichen Tunnel geleitet. Auf einer Anzahl Linien werden die Abfahrtszeiten von den Endpunkten um einige Minuten verschoben. Die geänderten Zeiten werden auf den Aushangsfahrplänen in den Wägen bekanntgegeben.

Mode und Handarbeit. Das Kaufhaus des Westens stellt gegenwärtig eigens zu diesem Zweck angefertigte Handarbeiten aus, die die Deutsche Modeindustrie in ihrer Vollkommenheit zeigen. Arrangements sind ein Wunder an künstlerischem Geschma. Farben von herrlicher Schönheit leuchten dem Beschauer aus Filzdecken mit Ueberblidereien, kostbaren, apart geformten Kissen, Karpuppen, Kuchenglocken und mit bunten Wolken gefüllten Regalen entgegen. Soße ist die große Mode, findet mitten verschiedeneartige Verwendung; beispielsweise sind weißblistige, wolfschore Garnituren zu sehen. Russische Arbeiter prangen in herrlichstem Sount neben Blumenkörben (Teemärmern), aus winzigen handgenähten Seidenblüten bestehend. Den Hintergrund für diese kunstfertigen Dinge bilden Transparent-Malerien.

Mitglieder der Konjunktionsoffenschaft Moabit Mittwoch, 22. Oktober 7 1/2 Uhr: Veranstaltung der Mitglieder der Konjunktionsoffenschaft der Berufslosen 26—28, 35, 81, 102, Eulienstraße, Wietzstr. 33/34.



jeder vernunftgemäßen Hautpflege muß lauten: „Wasche Dich täglich mit der weltbekannten milden Ray-Seife!“ Denn ihr kostbarer Gehalt an Säure hat eine doppelte Wirkung. Erstens erzeugt er, wie seit Jahrhunderten bekannt, eine zarte, reine und jugendfrische Haut, und zweitens einen Schaum von wunderbarer Weichheit und ganz eigenartiger Konsistenz. Auf Grund dieser beiden Vorzüge wird Ray-Seife seit mehr als 23 Jahren als die im Gebrauche mildeste Toiletteseife angesehen. Sie werden von der Güte und Wirkung der Ray-Seife überrascht sein. Verlangen Sie klar und deutlich:

Ray-Seife

Abbau, Massengaragen und Wohnungsbau.
Aus der Bezirksversammlung Charlottenburg.

Die bürgerlichen Fraktionen der Bezirksversammlung Charlottenburg mußten in der letzten Sitzung zu ihrem größten Reizer ihren Abbaueifer wiederum zeigen. Sie glaubten, diesmal endlich ihre Absicht, den Genossen Stadtrat Karzer — den Delegierten des Arbeitsamtes — abzubauen, durchzuführen zu können. Der von ihnen eingereichte Antrag, Karzer abzubauen, kam nicht zur Verhandlung, weil die Versammlung mit 26 gegen 24 Stimmen den Beschluß des Ausschusses über den Abbau von befohlenen Bezirksamtsmitgliedern annahm. Dieser Ausschuss hatte mit 7 gegen 6 Stimmen beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, durch Rückfrage beim Ministerium des Innern festzustellen, ob dort die Anweisung des Berliner Magistrats zum Abbau von 2 Mitgliedern des Bezirksamtes als bindend angesehen wird. Dethleffen, der Sprecher der vereinigten Bürgerlichen, wies aus sachlichen Gründen, diesem Beschluß beizutreten. Der Beschluß des Ausschusses bedeutete eine Verzögerung des Abbaues. Aus den Ausführungsbestimmungen, die das Ministerium des Innern zur Personalabbauverordnung erlassen hat, geht klar hervor, daß der Magistrat zu bestimmen hat, wie viel Beamte abzubauen sind. Es kommt hinzu, daß in den letzten Tagen sich die Landesversammlung für den Abbau von Wahlbeamten entschieden habe. Es besteht also kein Zweifel mehr darüber, daß die Personalabbauverordnung auch auf die Wahlbeamten angewendet werden müsse. Die sozialdemokratische Fraktion brachte zum Ausdruck, daß ihrer Meinung nach der Abbau von befohlenen Wahlbeamten überhaupt unzulässig sei und stimmte für den Antrag des Ausschusses. Nun müssen die Rechtsparteien der Charlottenburger Bezirksversammlung sich wohl oder übel noch einige Wochen gedulden. Bis dahin ist hoffentlich die ganze Abbaufrage durch die Landesversammlung und das Ministerium endgültig geklärt.

In längerer Debatte wurde noch einmal der geplante

Bau von Massengaragen

in der Hoeflerstraße, in unmittelbarer Nähe der Häuser der Bauernoffenstraße, behandelt. Bereits in einer Ausschusssitzung haben unsere Genossen darauf hingewiesen, daß solche Massengaragen großen Lärm verursachen und durch den Benzingeruch eine bedeutende Verschlechterung der Luft herbeiführen. Außerdem ist die Steigerung des Verkehrs in der Nähe solcher Massengaragen eine große Gefahr für Kinder und erwachsene Straßenpassanten. Die SPD-Fraktion stellte deshalb den Antrag, das in Frage kommende Gelände durch Erlass baupolizeilicher Vorschriften ausschließlich für die Erbauung von Wohnungen zu sichern. Dieser Antrag wurde von der Bezirksversammlung abgelehnt. Dagegen wurde einstimmig beschlossen, das Bezirksamt zu ersuchen, sofort mit dem Polizeipräsidenten in Verbindung zu treten, um im Bezirk Charlottenburg Gebiete anzuweisen, welche sich zur Errichtung von großen Garagen besser eignen, als wie das in Aussicht genommene. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen ist der Bezirksversammlung Mitteilung zu machen. Ein von uns gestellter Zusatzantrag, Genehmigungen für den Bau von Massengaragen so lange nicht zu erteilen, bis die Verhandlungen mit dem Polizeipräsidenten erledigt sind, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine andere Anfrage ersuchte das Bezirksamt um Auskunft, wie weit die von Charlottenburger Bürgern gezahlte

Wohnungsabgabe zur Linderung der Wohnungsnot

in Charlottenburg und zur Unterstützung gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften Verwendung gefunden hat. Der Bürgermeister teilte mit, daß der Bezirk von den eingehenden Hauszinssteuerbeiträgen ein Drittel für sich verwenden dürfe. Für Charlottenburg beträgt diese

Summe im Jahre rund 5 Millionen. Davon können für etwa 720 Wohnungen Bauzuschüsse gezahlt werden. Die Entwicklung hat gezeigt, daß man mit dem Verfahren der Zuschußzahlung den Wohnungsbau recht wirksam fördern kann. Seit Inkrafttreten der Hauszinssteuer seien aus deren Mitteln in Groß-Berlin 5000 Wohnungen errichtet worden. Damit ist nicht nur die Wohnungsnot ganz erheblich gemildert worden, sondern auch die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe hat dadurch stark abgenommen. Der Bürgermeister will bei den maßgebenden Stellen beantragen, daß die Beiträge, welche aus Haus-

Die Feierstunde

der Sozialistischen Arbeiterjugend anlässlich des 20jährigen Bestehens findet im Gr. Schauspielhaus am Sonntag, den 26. Oktober statt.
Der Bezirksvorstand.

zinssteuern eingehen, auch zur Hergabe von 1. Hypotheken zu mäßigen Zinssätzen verwendet werden, damit der Bau von Hochhäusern wieder rentabel wird und dadurch auch den minderbemittelten Kreisen, die ja sehr erheblich zur Hauszinssteuer beitragen, billigere Wohnungen zur Verfügung stehen. In Charlottenburg muß die Ausführung von Hochbauten ganz besonders eifrig betrieben werden, um endlich die noch in den unzulänglichen Baracken wohnenden Mieter angemessen unterbringen zu können.

Zum Schluß wurden die Straßenbahnunfälle besprochen, welche sich in letzter Zeit auf Charlottenburger Gebiet ereignet haben. Die rechte Seite des Hofes führte die bedauerlichen Unglücksfälle lediglich auf technische Unzulänglichkeiten zurück und verlangte ein Verbot der Ueberfüllung der Straßenbahn und eine Vermehrung der Wagenfolge auf den einzelnen Linien. Die Sozialdemokratie betonte, daß in der Hauptsache die starke Ueberlastung des Personals und die Tatsache, daß in der letzten Zeit fast ausschließlich junge, nicht vollkommen ausgebildete Fahrer eingestellt worden sind, die Schuld an den vielen Unglücksfällen tragen. Die vollständigsten technischen Einrichtungen bieten nur einen mangelhaften Schutz gegen Gefahren, so lange die Angestellten der Straßenbahn durch zu lange Arbeitszeit übermäßig angestrengt sind und für einen Stundenlohn von 21 bis 60 Pf. täglich 10 bis 14 Stunden arbeiten müssen.

Del- und Benzolbrand in Koblenz. Ein großer Brand wüthete in Koblenz in dem Del- und Benzollager der amerikanischen Gesellschaft American Overseas Trading Corporation. Zahlreiche Benzinfässer explodierten; der Schaden ist ungeheuer groß. Die Ursache des Brandes ist noch nicht aufgeklärt. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

9000 Zentner Getreide verbrannt. Eine Scheune der Provinzialheilanstalt zu Lüneburg geriet in Brand. Die Feuerwehr mußte sich darauf beschränken, die angrenzenden Gebäude zu schützen, während die Scheune selbst vollständig niederbrannte. 9000 Zentner ungedroschens Getreide und eine Reihe landwirtschaftlicher Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Man vermutet Brandstiftung.

Bergarbeiterlos. Durch ein schlagendes Wetter sind in der Kohlegrube Winter-Slog in der Provinz Limburg in Belgien drei Arbeiter getötet und vier verletzt worden.

Die Haftkrankheit im Freistaat Danzig. In den zum Freistaat Danzig gehörenden Orten Jungfer, Stuba und Jener, ist die sogenannte Haftkrankheit festgestellt worden. In Jungfer ist sie am stärksten ausgebreitet, wo bisher auch ein Todesfall zu verzeichnen ist. Von amtlicher Stelle in Danzig wird die Nachricht über das Auftreten der Haftkrankheit im Freistaat bestätigt.

Aus der Partei.

Dreißigjähriges Parteijubiläum.

Am 25. Oktober d. J. blüht der Sozialdemokratische Kreisverein Zittau in Sachsen auf sein dreißigjähriges Bestehen. Die sozialistische Bewegung in der sächsischen Oberlausitz hat sich aus kleinen Anfängen heraus entwickelt. Lange Zeit galt diese Gegend als derjenige Teil Sachsens, wo unsere Bewegung nur schwer vorwärts zu bringen war. Das hat sich mittlerweile ganz bedeutend geändert. Die Partei stellt heute einen entscheidenden Faktor dar. In der schwierigen Zeit der letzten Jahre hat sich auch hier unsere Organisation wieder behauptet; trotz allen Anfeindungen von der äußersten Linken und Rechten ist es vorwärts gegangen. Erst vor kurzer Zeit hat sich die Partei eine eigene Zeitung geschaffen. Bei den letzten Reichstagswahlen hatte sie einen beträchtlichen Stimmengewinn zu verzeichnen. Groß ist die Anzahl der Parteigenossen, die in den Gemeindeparlamenten als Gemeindevorordnete und Gemeindefürsprecher tätig sind. Eine ganze Reihe Gemeinden haben einen sozialistischen Bürgermeister. Natürlich hat auch die Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung in entsprechender Weise sich entwickelt. Die sächsische Oberlausitz stellt für unsere Partei eine Hochburg dar. Bei dem Opfermut der Parteigenossen ist zu hoffen, daß es immer so bleibt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einladungen für diese Rubrik sind stets an das Parteisekretariat, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 8, 2. Hof, 2. Rep. rechts, zu richten.

Abendfeier der Frauenverbände!

Die wegen Ueberfüllung am Freitag, den 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, von der Abendfeier ausgeschlossene Teilnehmerinnen von Ortsgruppen werden gebeten, ihre Programme für die nächste, voraussichtlich Ende November stattfindende Abendfeier aufzubereiten. Sie behalten für diese Veranstaltung Gültigkeit.

- 3. Kreis Wedding. Der Kurios „Machens Probleme im Sozialismus“ findet statt am Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in der Schule Grünthalstraße 4/5, Klassenraum 205 links. Um rege Beteiligung wird dringend ersucht.
- 17. Kreis Nichtenberg. Bildungsausschuss-Sitzung Dienstag (heute) 7 1/2 Uhr in der Bibliothek, Reichstraße 20. Wichtiges Tagesprogramm.
- 19. Kreis Prenzlau. Siehe 3. Kreis Wedding.
- 20. Kreis Reinickendorf. Siehe 3. Kreis Wedding.
- 4. Kreis Prenzlauer Berg. Arbeitsmehrschicht und Kinderbeschulung. Die Abschaffung der Schmelzwerke der „Deutschen Rohstoffe“ findet heute 7 Uhr bei Frau, Prenzlauer Allee 189, statt.

Heute, Dienstag, den 21. Oktober:

- 70. Alt. Mühlentempel. In der heutigen Mittagsbesprechung findet die Fortsetzung statt.
- 101. Alt. Kastanien. Zur heute stattfindenden Frauenkundgebung im Reichstempel der Schule Wilmersbuckstraße, abends 7 1/2 Uhr, ist die Teilnahme aller Genossinnen und Genossen Pflicht.
- Reinickendorf. Dienstag, 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, bei Herrn, Wallstraße 80, Funktionärsversammlung.
- Janagelassen. Spielgemeinschaft 8 Uhr Juristischer Sprechstunde, Lindenstraße 8, Zusammenkunft. Ausdrucks über die Winterarbeit.

Unsere Mandarbeits-Ausstellungen

haben bisher stets das regste Interesse unserer sehr geehrten Damen-Kundschaft gefunden. Die auf Anregung weltweiter Kreise jetzt

neu veranstaltete Ausstellung für Handarbeiten

aller Art und Gattungen übertrifft bei weitem alles bisher Gebotene. Ein Besuch dieser Ausstellung dürfte deshalb sehr interessant und zugleich nützlich sein, weil wir ganz neuartige Handarbeits-Methoden vorführen und die hierfür erforderlichen Materialien aller Art gleichzeitig zu besonders billigen Preisen zum Verkauf bringen.



Fauntzienstr. 21-24, Wittenbergplatz

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Nach langem, schwerem Bräuen entschlief am 15. Okt. unser lieber Freund und alter Kampfgenosse, der Kollege **Paul Rauhu** im Alter von 72 Jahren. Der Herrschens war in langen Jahren in den verschiedensten Positionen als Bezirksfunktionär tätig und stets bemüht, in treuer Pflichterfüllung seinen Kollegen ein eifriges Förderer ihres Interesses zu sein. Der Bund der Organisation und seiner Freunde ist ihm gewiß. 1189 Der Gewerkschaft.
Die Beerdigung erfolgt heute, Dienst., mittags 12 Uhr, Reichstraße 27, 39.

Prof. Dr. Keysser
Chefarzt und leitender Chirurg des Vinsenzkrankenhaus, Lichterfelde-Ost, Wilhelmstr. 3a hält vom 20. Oktober ab Sprechstunde **Lützowplatz 6, hpt.** Montag & Freitag 3-6 U.; Tel.: Lützow 672 im Krankenhaus vorm. 12-1 Uhr, nur nach telephonischer Vereinbarung. Tel.: Lichterfelde 201 u. 908.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer
Das Abstammungsmaterial zur Wahl von vier handgelehrten für den Verbandsvorstand ist von Freitag ab in der Verwaltung abzugeben. Die Wahl findet in der Woche vom 20. bis 25. Oktober d. J. statt, und die Stimmzettelausgabe ist am Montag, 27. d. M., nachm. von 5 Uhr ab im Graph. Vereinshaus anberaumt. 1189 Der Gewerkschaft.

100 000 Weihnachtsbäume
Ständlinge 1 bis 3 Meter, volle, frische, dunkelgrüne Bäume in eleganten, festlichen Station Berlin, jetzt preiswert abzugeben. Interessenten wollen Adresse mitteilen an Jäger & Diederich, Berlin W. 8, unter H. 782.

Auf Teilzahlung 1/2 Anzahlung
Rest in 6 Monatsraten zu Rabenpreisen kaufen Sie elegante, gutstehende **Herrngarderoben** **Damen-Gummimäntel**
ALBERT Schenk
Höpenicker Str. 127
Sof. rechte, links, oben.
Geschäft, 9-7 Uhr. Distrikt Hagelberg!

Der gute Kapitän-Kaufabak
In die das wahre Dippelguth ist
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3061

Der rote Frosch



wie er hier steht ist Garantie für Qualität

Erdal
putzt die Schuhe, pflegt das Leder

Erdal-Fabrikniederlage Berlin, Lankwitz, Charlottenstr. 33

Mitgliederveranstaltungen und Jahlabende in Groß-Berlin

- 1. Abt. 7 1/2 Uhr im Saal 5 des Generalkonsulats, Engländerstr. 24/25. Vortrag des Genossen Dr. v. Ungern-Sternberg: „Die deutsche Wirtschaft nach dem Londoner Abkommen.“

- 32. Abt. 7 Uhr Abteilungsversammlung in Schmidt's Hof, Friedrichstr. 66 (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Döber: „Warum sind wir Sozialdemokraten?“ 2. Diskussion: Abteilungsangelegenheiten und Berichtendes. Die Genossen haben Güte ein.

Der 21. Gemeinderat (Sitzung) Mittwoch, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit des Ausschusses für die Verwaltung der Gemeindeverhältnisse.

Frauenveranstaltung am Mittwoch, den 22. Oktober: 78. Abt. Schöneberg, 7 1/2 Uhr bei Frau Schöner, 17. Vortrag der Genossin Teubner: „Gute Wirtinnen.“

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation: 44. Abt. Am 18. Oktober verstarb Genosse Paul Reubel, 68 Jahre alt, im Alter von 72 Jahren. Einbürgerung heute, Dienstag, 12 Uhr im Krematorium, Friedhof 3, 1203.

Jugendveranstaltungen: Mäusung, Teilnehmer am Sperrdienst Mittwoch, den 23. 5. U., abends 7 1/2 Uhr. Probe im Jugendheim, Lindenstr. 3. Das Festgeld wird verteilt.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus 7 1/2 Uhr: Zwingburg Opernhaus am Königsplatz 7 1/2 Uhr: Händel u. Gretel

KOMISCHE OPER

Diese Revue „Das hat die Welt noch nicht gesehen“ übertrifft fraglos alle Revuen der Welt aus folgenden Gründen: Die berühmtesten Berliner Bühnenkünstler sind nur bei uns!

Nur so verpackt! Schwan im Blauband frisch gekirnt. Image of a hand pointing to a box of Margarine.

SCALA 8 Uhr: Internat. VARIETE

Residenz-Th. Dir.: Fel. Meinhardt Die vier Schlaumeier

Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Tägliche Zigeunerliebe

Große Volksoper Ballett Diaghilew Verlangertes Gastspiel

Apollo-Theater 8 Uhr: Die erste große Revue-Posse

Industrie- u. Handelskammer zu Berlin Kaufmännische Schulen

Th. im Admiralspalast 7 1/2 Uhr: Die große Revue „Noch und noch“

Kleines Th. Täglich 8 Uhr Tilla Durieux in Ein idealer Gatte

Nelken-Theater 7 1/2 Uhr: Der Harem auf Reisen

Goethe Bühne Berlin C 2, Klosterstr. 43. Neu-Eröffnung: 21. Oktober 1924

Das lachende Berlin Paul Beckers a. G. Senta Söneland

Auskunft und Prospekte: Berlin C 2, NeueFriedrichstraße 53/56 II.

Central-Theater 7 1/2 Uhr: Wissenswurm

Metropol-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Rose-Theater Dir.: B. Rose Alt-Heidelberg

Die natürliche Tochter in der Titelrolle: Frau Elsa Helmer

Die lebende Schreibmaschine Das Massen-Wimmelbett

Meine alten Schuhe sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach der neuen Methode mit der wohlriechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“ behandle

Intimes Theater 8: Liebenkempers Tempo

Trianon-Th. Heute 7 1/2 Uhr: Solott' Erika Gläbner

Circus Busch Täglich 7 1/2 Uhr: Die Sportsensationen

Auf Kredit! Kleinste An- und Abzahlung

Philharmonie 8 Uhr: Sinfonie-Kzt. des Philharm. Orch

Gardinen Sonderangebote - Gelegenheits-Käufe

Metropol-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Walkalla am Rosenthaler Tor Großes internationales Varieté-Programm

Der Harem auf Reisen a. Rud. Nelson

Die natürliche Tochter in der Titelrolle: Frau Elsa Helmer

Die lebende Schreibmaschine Das Massen-Wimmelbett

Meine alten Schuhe sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach der neuen Methode mit der wohlriechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“ behandle

Metropol-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Walkalla am Rosenthaler Tor Großes internationales Varieté-Programm

Der Harem auf Reisen a. Rud. Nelson

Die natürliche Tochter in der Titelrolle: Frau Elsa Helmer

Die lebende Schreibmaschine Das Massen-Wimmelbett

Meine alten Schuhe sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach der neuen Methode mit der wohlriechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“ behandle

Metropol-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Walkalla am Rosenthaler Tor Großes internationales Varieté-Programm

Der Harem auf Reisen a. Rud. Nelson

Die natürliche Tochter in der Titelrolle: Frau Elsa Helmer

Die lebende Schreibmaschine Das Massen-Wimmelbett

Meine alten Schuhe sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach der neuen Methode mit der wohlriechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“ behandle

Metropol-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Walkalla am Rosenthaler Tor Großes internationales Varieté-Programm

Der Harem auf Reisen a. Rud. Nelson

Die natürliche Tochter in der Titelrolle: Frau Elsa Helmer

Die lebende Schreibmaschine Das Massen-Wimmelbett

Meine alten Schuhe sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach der neuen Methode mit der wohlriechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“ behandle

Metropol-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Walkalla am Rosenthaler Tor Großes internationales Varieté-Programm

Der Harem auf Reisen a. Rud. Nelson

Die natürliche Tochter in der Titelrolle: Frau Elsa Helmer

Die lebende Schreibmaschine Das Massen-Wimmelbett

Meine alten Schuhe sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach der neuen Methode mit der wohlriechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“ behandle

Metropol-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Walkalla am Rosenthaler Tor Großes internationales Varieté-Programm

Der Harem auf Reisen a. Rud. Nelson

Die natürliche Tochter in der Titelrolle: Frau Elsa Helmer

Die lebende Schreibmaschine Das Massen-Wimmelbett

Meine alten Schuhe sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach der neuen Methode mit der wohlriechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“ behandle

Metropol-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Gräfin Mariza

Walkalla am Rosenthaler Tor Großes internationales Varieté-Programm

Der Harem auf Reisen a. Rud. Nelson

Die natürliche Tochter in der Titelrolle: Frau Elsa Helmer

Die lebende Schreibmaschine Das Massen-Wimmelbett

Meine alten Schuhe sehen wie neu aus, seitdem ich sie nach der neuen Methode mit der wohlriechenden Schuh-Edelcreme „Tuberan“ behandle

Wohnungs- und Siedlungswesen

Verhandlungen im Landtag.

Der preussische Landtag trat gestern, Montag, in die dritte Beratung des von den Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum eingebrachten Gesetzentwurfs zur Aenderung der Personalabbauperordnung ein.

In der allgemeinen Beratung erklärte sich Abg. Ebersbach (DnL.) wiederum gegen den Gesetzentwurf, der nur den Abbau von Wahlbeamten verhindern sollte.

Abg. Leib (Soz.) widerspricht dieser tendenziösen Auffassung. Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.) bringt folgenden in zweiter Befug abgelehnten Antrag wieder ein: „Im Falle des Abbaus von kommunalen Wahlbeamten kann der Ausschuss, falls der ordnungsmässige Gang der Verwaltung durch einen Abbaubeschluss gefährdet erscheint, auf Antrag der Aufsichtsbehörde durch eine einstweilige Befugung feststellen, daß dem Einspruch aufstehende Wirkung beigelegt wird.“

Abg. Ailian (Komm.) lehnt den Gesetzentwurf ab. Wenn der Willkür beim Abbau vorgebeugt werden sollte, so müsse das allgemein erfolgen, und man dürfe nicht vor dem Kommunistenabbau Halt machen.

Abg. Orzesinski (Soz.): Mit dieser ablehnenden Haltung stehen die Kommunisten sich selbst im Wege.

Ein Regierungsvortreter spricht sich gegen die rückwirkende Kraft aus, die dem Gesetz beigelegt werden soll.

Abg. Dr. v. Campe (D. Sp.): Wenn die rückwirkende Kraft vom Uebel ist, so muß nicht nur der Termin vom 8. Februar, sondern auch der vom 1. September abgelehnt werden.

In der nächsten Abstimmung über diesen Antrag beteiligten sich nur 154 Mitglieder. Das Haus ist beschlussunfähig. Die Beschlussunfähigkeit kam dadurch zustande, daß die meisten Abgeordneten der Deutschen Nationalen und ein großer Teil der Abgeordneten der Deutschen Volkspartei den Saal verlassen und sich nicht an der Abstimmung beteiligten. Das Haus ist damit bereits zum dritten Male in der Frage der Personalabbauperordnung beschlussunfähig geworden.

In einer sofort anschließenden zweiten Sitzung wird der Haushalt des Volkswohlfahrtsministeriums weiterberaten und zwar beim Wohnungs- und Siedlungswesen.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.)

Es ist eine bewusste Irreführung der Bevölkerung, wenn behauptet wird, daß nur die freie Wirtschaft die Bautätigkeit beleben könne. Das ist unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen gar nicht möglich; die Mieten in Häusern, die ohne Bauzulsse errichtet werden, würden das Fnfache der Vorkriegszeit betragen. Wer glaubt, daß Arbeiter und kleine Leute eine solche Last tragen können? Wenn die Mietpreise so gesteigert werden sollen, müssten die Löhne entsprechend steigen. Aber die Industrie lehnt ja schon heute jede Lohnerhhung ab. In der Inflationsperiode mußten die Häuser und die Wohnungen verkauft und verwahrt werden. Die Mieten müssen so bemessen sein, daß die Wohnungen instand gehalten werden können. Mit dem, was das Ministerium in dieser Richtung den Hausbesitzern zugestanden hat: 64 Proz., ist für den Besitzer bei ordnungsmässiger Bewirtschaftung schon ein Ueberschuß möglich. Ich habe an über laufenden Wohnungen die Probe darauf gemacht. Ueber diese Grenze darf nicht hinausgegangen werden. Was an Hauszinssteuer mehr erhoben wird, muß für allgemeine Zwecke Verwendung finden. Zum Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und des Mieterschutzes ist die Zeit noch lange nicht gekommen. Ohne öffentliche Hilfe ist ein Wohnungsbau nicht möglich. Der jährliche Wohnungszugang war schon vor dem Krieg rund 120 000, heute werden

nur 50 000 Wohnungen jährlich neu

erlaubt, wir haben also fortwährend mit großer Wohnungsnot zu tun. Die Rhnhher der Hauszinssteuerhypotheken sind leider, namentlich in Berlin, nicht die Arbeiter und Anwohner, sondern andere, die es nicht möglich haben. Hier muß Wandel geschaffen werden. Wir brauchen nach englischer Muster ein gromssiges Wohnbauprogramm. Mit der dritten Steuernotverordnung hat das Reich ja auf eine selbstständige Wohnungspolitik verzichtet. Jetzt ist also Preußen an der Reihe, ein solches Programm auf lange Sicht zu entwerfen.

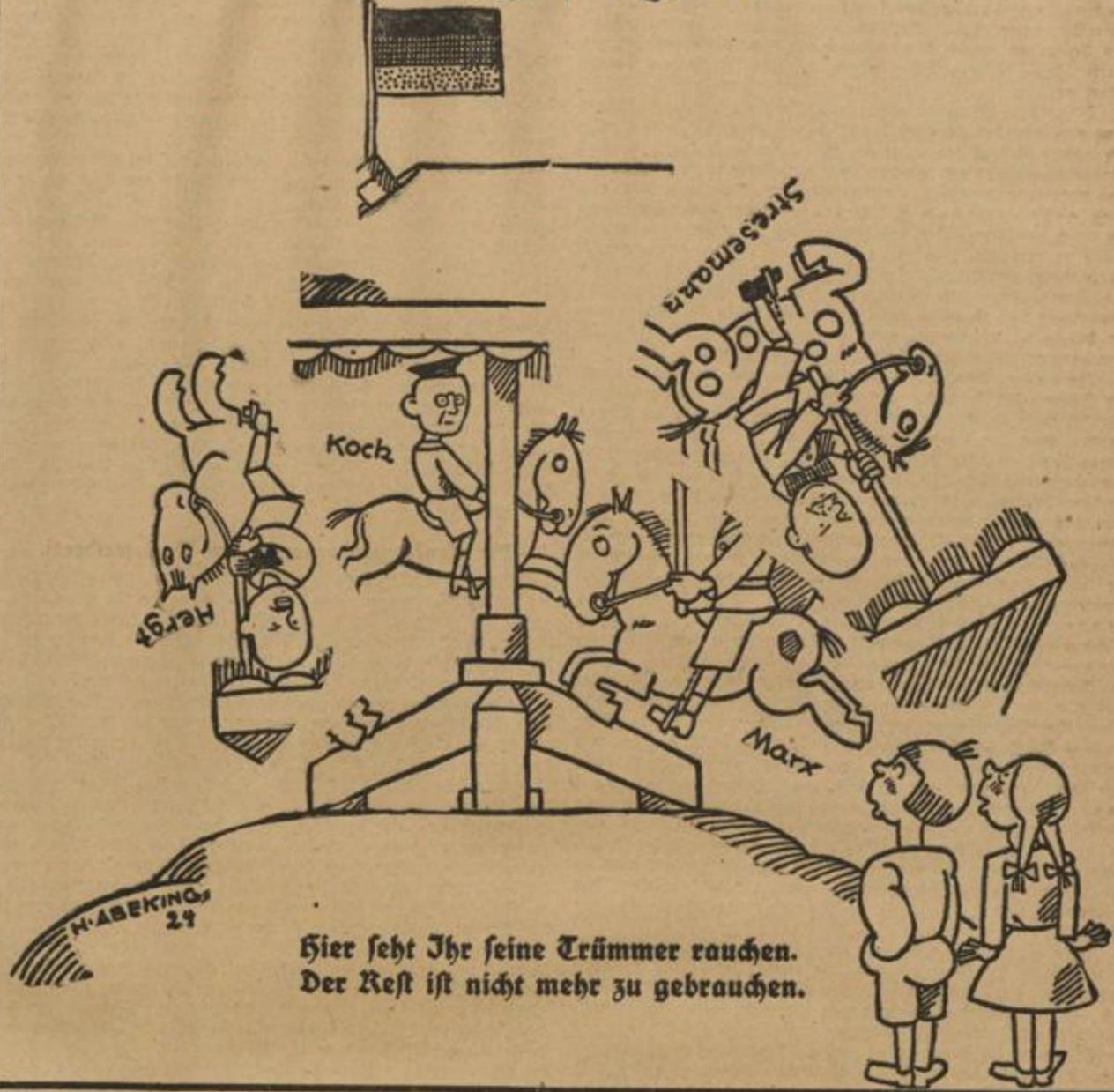
Abg. Sonnenstein (DnL.) schließt sich den Wünschen des Vordrgers nach baldiger Behebung der Wohnungsnot an. Mit dem heutigen System werde das aber unmöglich sein. Die Sozialisierung sei der Leitgedanke der Wohnungszwangswirtschaft gewesen. Selbst in der Mieterschaft wachse der Wunsch nach ihrer Aufhebung. In merkwürdigen Gegensatz zu dem angeblichen Schutz der Minderbemittelten stehe die Mietpolitik des Staates, der für eigene Wohnhäuser die vierfache Friedensmiete verlangt habe. (Zuruf rechts: Wucher!) Mit der sozialistischen Grundeinstellung müsse Schluss gemacht werden. Miete und Hauszinssteuer sei klar zu trennen, damit der Mieter erkenne, was er an Miete, was er an Steuer zahle. Die dritte Steuernotverordnung müsse fallen. Aus der Hauszinssteuer seien Zinsbeträge für das Kapital zu gewähren. Ainderrliche Familien müssten Steuererleichterungen erhalten. Bei einer solchen Aenderung der Wohnungspolitik werde sich auch der Baumarkt wieder beleben.

Abg. Dr. Grundmann (D. Sp.) betont die Begehrtheit seiner Partei gegen jede Zwangswirtschaft. Natürlich könne man die Wohnungszwangswirtschaft nicht mit einem Schlag aufheben. Die Mieter müssten davor geschtzt werden, daß sie kein Dach mehr über dem Kopfe haben. Freilich seien sie in den letzten Jahren überhört verhehrt worden. (Widerspruch links.) Nach Aufhebung der Lebensmittelschwammwirtschaft wären Lebensmittel sofort da, wenn sie auch teurer würden. Die Zwangswirtschaft hält sich nur durch Zuschüsse notdürftig am Leben. Wir verlangen die Aufstellung eines Programms für die freie Wohnungswirtschaft. Den Anfang könnte man machen bei den gewerblichen Räumen und den großen Wohnungen. Das Wohnungsnotrecht muß schleunigst revidiert werden, denn da steht noch das bishige Sozialversicherung drin, das von der glrreichen Revolution noch übriggeblieben ist. (Lachen b. d. Soz.) Die hohen Zinsbeträge mren freilich nicht in die Hausmiete eininkalkuliert werden. Da muß auf andere Weise Abhilfe erfolgen.

Abg. Ailian (Komm.): Das zwiespältige System der preussischen Bekämpfung des Wohnungselends hat bankrott gemacht, wie alles bankrott gemacht hat (Zurufe rechts) — alles, außer den Kommunisten! (Lachen rechts.) In den Großstädten, wo das Wohnungselend am groten ist, werden relativ am wenigsten Wohnungen gebaut. Haben die Hausorganisten erst die Freiheit der Mietsteigerung, dann wird der Kommunismus sein Ende sein.

Abg. Dominicus (Dem.): Bei der Rechnung des Ministers bleibt pro Jahr ein Fehlbetrag von 50 000 Wohnungen übrig, der sich naturgem von Jahr zu Jahr noch vergroern muß. Abhelfen kann bis zu einem gewissen Grade die Vermehrung der öffentlichen Mittel; aber wie ist weiter zu helfen? Die sachkundigen Darlegungen des Kollegen Reyer werden ja wohl auch weiter eine objektive Würdigung des großen Problems ermöglichen. Der Minister sollte einmal eine Sachverständigenprüfung der Theorien der Abgg. Meyer und Grundmann einleiten lassen. Ein sofortiger Uebergang von der Zwangs- zur freien Wirtschaft ist ganz und gar unmöglich. Sollte es aber nicht ausführbar sein, die öffentlich zu Geschftsziwecken benutzten Räume freizugeben? Bei dem jetzigen Bauzulassensystem mit Hilfe der Hauszinssteuer

Aufgeflogen!



Hier seht Ihr seine Trümmer rauchen. Der Rest ist nicht mehr zu gebrauchen.

hat man, zumal in Berlin, Mißbräuche feststellen können, indem die neu erstellten Wohnungen zu übermässigen Mietpreisen an reiche Leute, auch sehr häufig an Ausländer, vermietet werden. Redner empfiehlt dann noch die berbauten Beamten hinsichtlich des Wohnungsbedarfs der Berücksichtigung des Ministers.

Minister Hirtfelder:

Wir würden es außerordentlich begruen, wenn wir den abgebauten Beamten mehr entgegenkommen könnten; aber wir stehen dafür Mittel nicht zur Verfügung. Dem Wunsch wegen der Sachverständigenprüfung werde ich entsprechen. Die Zahl der Bauhandwerker hat sich in jüngster Zeit gehoben; sie reicht im ganzen für das jetzige Bedürfnis aus. Es hat allerdings eine starke Abwanderung stattgefunden, und steigt im nächsten Jahre die Bautätigkeit, so dürfte diese Frage eine brennende werden. Eine Bestimmung über die Verwendung der einzelnen Räume erscheint mir eher als eine Ausdehnung der Zwangswirtschaft, denn als ein Abbau. Von den Kommunen werde ich ganz ungenem bemeint, die in den Richtlinien zugelassenen Sätze noch wesentlich zu erhöhen. Die Gewährung von Hauszinssteuerkrediten an Ausländer ist nach den Richtlinien nicht zulässig. Die Ausführung der Vorschge für die kinderreichen Familien ist in der jetzigen Zeit nicht möglich. Wir glauben, daß die Zurverfügungstellung von 2 Proz. der Hauszinssteuer an die Kommunen zur Unterstützung kinderreicher Familien und zum Ausgleich von Hrten ausreichend sein wird.

Für Steuererleichterungen bei Neubauten sind wir stets eingetreten. Wir wollen wieder zu einer freien Wirtschaft kommen, sind aber der Meinung, daß die bisherige Regelung das wirtschaftlich erträgliche Maß bedeutet. Wären Sie einmal ab, welchen Erfolg die Zurverfügungstellung der Hauszinssteuer für die Neubautätigkeit haben wird. Ein hervorragendes Mitglied der Deutschen Volkspartei hat mich dringend gebeten, von einer weiteren Erhöhung der Mieten abzusehen.

Abg. Ladendorff (Wirtschaftspartei) kritisiert die Tätigkeit der Wohnungsmter, besonders ihre Gebhrenpolitik, wodurch oft Wohnungen längere Zeit leerstehen. Nach der Gebührenordnung des Wohlfahrtsministeriums müsse z. B. ein deutscher Hausbesitzer, der sein ehemaliges Haus von einem Ausländer zurückkaufen wolle, 8000 Mark Gebühr zahlen.

Dienstag, 12 Uhr: Landeswahlgesetz, Personalabbaugesetz, Fortsetzung der Aussprache zum Wohlfahrts-Haushalt. Schluss 5 1/2 Uhr.

Proletarische Freidenker.

Internationaler Kongreß in Wien.

Zum erstenmal fand in Wien in den ersten Tagen des Oktober eine internationale Zusammenkunft der auf dem Boden des Sozialismus stehenden Freidenker statt, um eine proletarische Freidenker-Internationale zu schaffen. Die alte Kongrestadt Wien erwies sich gerade für diese Aufgabe als besonders geeignet, da heute wohl in keiner anderen der führenden Großstädte der Sozialismus sich derart bewährt und behauptet hat, die sozialistische Partei als geschlossene Einheit gewahrt ist und zugleich neben der Partei die sozialistische Kulturarbeit in so umfassender Weise durch Freidenkerorganisationen übernommen ist, wie in Wien. Unser Brudersblatt, die „Wiener Arbeiter-Zeitung“, begrute die Freidenkertagung mit besonderer Anerkennung der Vorbearbeit des Freidenkertums für den Sozialismus und hob hervor, daß in Wien und Oesterreich die Freidenker geradezu die Elite der Partei bilden.

Der Hauptzweck der Tagung war, einmal die theoretische Grundlage des proletarischen Freidenkertums in seiner Stellung zum Sozialismus festzulegen, die wichtigsten Gegenwartsforderungen der Freidenker hinsichtlich der Trennung von Staat und Kirche und des Schulwesens zu behandeln und eine aktive proletarische Freidenker-Internationale ins Leben zu rufen.

Das einleitende Referat über die Theorie des Freidenkertums hielt K r i s t e - Berlin, der in einer Uebersicht der letzten Geschichte des Freidenkertums die Verlegung des Schwerpunktes der freigeistigen Bewegung von dem bürgerlichen zum proletarischen Lager hervorhob und die Notwendigkeit der Klärung des religiösen Problems vom soziologisch-wissenschaftlichen Standpunkt im Sinne des Marxismus betonte. Nicht nur die Kirchen, auch die Religionen seien als Schöpfungen von Klassenepochen Gebilde von Herrschaftssystemen, darum Fremdkörper in einer konsequenten herrschaftslosen Gemeinschaftskultur. An ihre Stelle haben in ihr die Ideen und Kultformen der solidaren Menschheit zu treten. Aufgabe der Freidenker sei es, für den konstruktiven Begriff des Sozialismus als einer umfassenden solidaren Kulturbewegung in den Parteien zu werden und an ihrer Seite die besonderen Aufgaben für die geistige Befreiung der Massen zu übernehmen.

Die Korreferenten Cepel-Brag und Z n a g n e - Kärnten erörterten vornehmlich die Fragen der Zusammenarbeit mit den sozialistischen Parteien, und am Schluss wurde eine Resolution der Oesterreicher angenommen, welche in Uebereinstimmung mit den Referaten die Solidarität mit den sozialistischen Parteien betont, die Notwendigkeit der geistigen Befreiung und Lösung von Ideologien der bisherigen Gesellschaftsordnung neben der politischen und ökonomischen Befreiung für unentbehrlich erklärt, diese Arbeit als spezielle Aufgabe der proletarischen Freidenker betrachtet und die Parteien auffordert, ihr hierbei keine Hemmnisse in den Weg zu legen. Nach einem Referat von H a r t w i g - Brunn wurden verschiedene Forderungen, die sich aus dem Gebot der Trennung von Kirche und Staat ergaben (Entpolitisierung der Kirche, ihre Unterstellung unter das Vereinsgesetz, konfessionsloser Unterricht, Abschaffung der theologischen Fakultäten und kirchlichen Feiertage usw.), beschloßen. Konsequenz wurde weiter nach Referaten von B a r t o s e k - Prag, W o l f - Leipzig und F r a n z l - Wien die staatliche Anerkennung von Freidenkerorganisationen als dem Grundsatz der Trennung von Kirche und Staat widersprechend abgelehnt, die Verweltlichung der Schule, Schulgeldfreiheit und Lehrmittelfreiheit nach einem Referat von S p a n g e n b e r g - Gera beschloßen und dann ein Vollzugsausschuß der neu gegründeten Internationale der proletarischen Freidenker gewählt, welcher über die oben skizzierten Richtlinien mit der Brüsseler Internationale die Anerkennung dieser Richtlinien und damit die internationale Einheitsfront des Freidenkertums errichten oder wenigstens mit ihr eine Arbeitsgemeinschaft anstreben soll.

Auf dem Wiener Kongreß waren über 50 Delegierte aus dem Deutschen Reich, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Italien, Frankreich, Belgien, der Schweiz usw. mit über 600 000 organisierten Mitgliedern anwesend und zahlreiche telegraphische Zustimmungen zur geplanten Gründung der Internationale aus Amerika, Frankreich, Polen, Portugal usw. eingelaufen. Zu der künftigen Begrungsfeier und den

acht großen öffentlichen Versammlungen in den größten Sälen Wiens hatten sich Zehntausende der Wiener Arbeiter gefunden, die mit großem Interesse den Ausführungen der auswärtigen Referenten lauschten.

Wirtschaft

Die „hungernden“ Börsianer.

Immer jammervoller werden die Klagen der Börsianer und immer länger die Reihe der vor der Börse haltenden Privatautos. Vor dem Kriege warteten ein paar Autos und Equipagen um die Mittagsstunde vor dem Börsegebäude, jetzt würde sie — in einer Reihe gedacht — ganze Straßenzüge in Anspruch nehmen.

Immerhin, „Klappern gehört zum Handwerk“, und der Regierung muß zuweisen klargemacht werden, daß man mit Steuern reichlich bedacht ist, sonst könnte sie am Ende eines Tages auf den höchst unangenehmen Einfall kommen, den notleidenden Börsianern noch mehr aufzubrummen. So protestierte man gestern in der Burgstraße gegen den hohen Börsenstempel und schloß schließlich einen eintägigen Streikbeschuß, um der Kundgebung möglichst die Wucht zu verleihen. In der gut vorbereiteten „spontanen Kundgebung“ schilderte Bankier Hamel zunächst in ergreifender Weise das „überhandnehmende Elend“ der Börsianer. Die Not sei groß, Profiteure und Gewinne deckten kaum die Hälfte der Kosten, und der Abbau der Angelegenheiten müsse fortgesetzt werden, wenn die Regierung nicht ein Einsehen habe und die Umsatzsteuer...

Ein anderer Bankier schilderte in beweglichen Worten den wunden Schmerz der Börsianer, die zusehen müßten, wie die volkswirtschaftlich so hochbedeutungsvolle Institution der Börse an Wert verliere, wenn der Umsatzstempel nicht bald... Eigene Interessen tämten dabei natürlich kaum in Betracht, aber die Londoner, die Pariser und die New Yorker Finanzkreise gewöhnten es sich ab, in Berliner Effekten zu kaufen, wenn die Regierung nicht das Einsehen habe, daß im Interesse einer Belebung des Börsengeschäfts der Umsatzstempel... Ein Großbankdirektor, Herr Wassermann von der Deutschen Bank, forderte, daß der Reichstag sich mit dem Abbau der Steuer beschäftigen müsse, und ein Makler jammerte über die kommende „Profetisierung des Börsenmaklerstandes“. Ein Anwaltstellvertreter (natürlich ein Direktor) sprach ebenfalls für Ermäßigung der Steuer, damit dem Abbau der Beamten entgegenwirkt werde.

Niemand zahlt mit besonderem Vergnügen Steuern, und daher wird man den Börsianern die gestrige Kundgebung schließlich nachsehen. Der Börsenstempel betrug vor dem Kriege 30 Pf. pro Wille, heute 15 Mark pro Wille; aber wer ist heute in der Lage, seine Einkommnisverhältnisse mit denen der Vorkriegszeit zu vergleichen? Den Börsianern geht es trotz aller Klagen immer noch ganz passabel, wenn auch ihre Einkünfte — das soll zugegeben werden — mit den phantastischen Gewinnen aus der Inflationszeit nicht mehr zu vergleichen sind. Außer wenigen für die Luxusindustrie schaffenden Gewerbebezüge hat aber auch niemand — weder Regierung noch Bevölkerung — ein Interesse daran, den Börsianern noch luxuriösere Lebensverhältnisse zu schaffen.

Von wirklicher Bedeutung für die Allgemeinheit ist nur die in der Protestversammlung betonte Frage des Beamtenabbaues. Bedächtig um dem Gesichtspunkt aus betrachtet, daß der anhaltenden Entlassung von Beamten durch eine Herabsetzung des Börsenstempels entgegenwirkt werden kann, gewinnt die Aktion der Börsianer Bedeutung. Wenn eine wirkliche Gewöhnlichkeit dafür gegeben ist, daß der Beamtenabbau zum Stillstand käme, dann könnte der Frage einer mäßigen Herabsetzung der Steuer vielleicht nähergetreten werden.

Abgesehen davon aber hat außer der relativ geringen Zahl der berufsmäßigen Spekulanten niemand ein Interesse an einer Belebung des Börsenspiels. Die Gepflogenheiten der Inflation, in der für weite Kreise die Arbeit Nebenache, das Börsenspiel aber das Hauptgeschäft war, erscheinen wenig erstrebenswert und ihre Wiederkehr nicht erwünscht. Das Argument, daß das Reich aus einer Ermäßigung der Steuer durch Belebung der Börsenumsätze etwa erhöhte Einnahmen erzielen könnte, ist vernünftigerweise gestern von den Börsianern selbst erst gar nicht vorgebracht worden.

Syndikatsbildungen in der Schwerindustrie.

Seit längerer Zeit werden Verhandlungen gepflogen, um die früher so mächtigen Verbände in der Schwerindustrie wieder zu neuem Leben zu erwecken. Man war schließlich dahin übereingekommen, die endgültige Beschlussfassung bis nach der Errichtung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats hinauszufchieben. Bekanntlich standen das frühere Kohlenyndikat und der Stahlwerksverband in enger Beziehung. Dies war erklärlich, da Kohle und Eisen, infolge der Entwicklung der gemischten Betriebe, unlöslich miteinander verbunden sind und Kohlenzweigen sowie Hüttenbetriebe fast restlos ein und denselben Gesellschaften gehören. Nachdem das Kohlenyndikat gebildet war, wurden die Verhandlungen über die Neuerrichtung des Stahlwerksverbandes, wenn auch in anderer Form, wieder aufgenommen.

Die Stahlwerksbetriebe waren am 14. Oktober in Essen versammelt, um zu der Frage der Verbandsbildung Stellung zu nehmen. Ueber das Resultat dieser Verhandlungen unterrichtet folgende offizielle Mitteilung:

„Unter den maßgebenden Stahl- und Eiswerken fand eine eingehende Aussprache statt zum Zwecke der Bildung eines allgemeinen Stahlwerksverbandes. Der vorgelegte Entwurf eines Vertrages wurde als eine geeignete Grundlage angesehen, um die Bestrebungen zu fördern. Die Verhandlungen sollen in der nächsten Woche ihren Fortgang nehmen. Im Rahmen des Stahlwerksverbandes wird auch die Bildung von Einzelverbänden für die verschiedenen Erzeugergruppen sich leichter gestalten, als eine Erfassung der gesamten Rohstahlfabrikation möglich sein würde.“

Die offizielle Verlautbarung ist sehr unklar gehalten. Es ist daraus keineswegs zu sehen, ob die Verbandsbildung nach altem Muster vor sich gehen soll. Bekanntlich trat der im Jahre 1904 gegründete Deutsche Stahlwerksverband A. G. an Stelle einer Reihe von Spezialverbänden. Diese (Schienen- und Schwellengemeinschaft, Trägerverband, Halbzugverband, Verkaufsverband für Stabeisen, Draht, Bleche, Röhren usw.) wurden zu einem Generol-

tarieell (Stahlwerksverband) vereinigt, um einestheils eine straffe Einheitsorganisation herzustellen und andererseits die Preisgestaltung zu beeinflussen oder die Mengenproduktion zu kontingentieren. Von den Stahlprodukten, die dem Stahlwerksverband unterstanden, handelte es sich um sogenannte A- und B-Produkte. Unter A-Produkten verstand man: Halbzeug, Eisenbahnmaterial und Formeisen. Diese Produkte waren syndiziert, d. h. der Verband war der alleinige Verkäufer der Produkte, und jedes Werk war verpflichtet, sie nur an den Verband zu liefern. Hingegen waren die B-Produkte (Stabeisen, Draht, Bleche, Eisenbahnachsen, Kadeisen, Nähren, Schmiede- und Stahlgußstücke) nur kontingentiert und konnten von den produzierenden Werken an die Abnehmer frei verkauft werden.

Der geplante Rohstahlverband soll keine Verkaufsorganisation sein, sondern eine feste Kontingentierung der gesamten Rohstahlfabrikation bezwecken. Im Rahmen des Verbandes, der wahrscheinlich eine Art Generaltarieell sein soll, wird die Bildung von Interessensverbänden der verschiedenen Gruppen angestrebt. Wie diese aufgebaut und in den Gesamtverband eingegliedert werden sollen, ist noch nicht bekannt geworden. 90 Proz. der in Betracht kommenden Werke, worunter sich die großen gemischten Konzerne befinden, sollen sich mit der Bildung eines Rohstahlverbandes nach vorgelegtem Muster einverstanden erklärt haben.

Die Frage der Verbandsbildung in der deutschen Schwerindustrie erhält eine besondere Bedeutung durch die seit langem geführten Bestrebungen eines überstaatlichen Montanblocks. Bekanntlich spielt diese Frage eine große Rolle in den zollpolitischen Verhandlungen mit den Westmächten. Die belgischen, luxemburgischen und französischen Interessenten haben sich grundsätzlich mit einer Koalition mit den deutschen Hüttenwerken einverstanden erklärt. Auch von deutscher Seite soll man nicht abgeneigt sein, zu einer internationalen Vereinbarung zu kommen. Das internationale Schienenyndikat, das schon vor dem Kriege bestanden hat, ist bereits wieder im Entstehen begriffen. In den übrigen Zweigen der Schwerindustrie ist eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Preislenkungsprogramm und Preistreiber.

Die andauernden Preiserhöhungen der letzten Zeit konnten zunächst überhaupt nicht mit wirtschaftlichen Vorgängen begründet werden. Bald aber lösten sich die Jungen der Preistreiber. Das sei die allgemeine Kapitalknappheit, der hohe Bankzins, die unerträgliche Steuerbelastung, die hohen Eisenbahnfrachten. Das alles wirkte preissteigernd, weil diese Belastungen auf die Warenpreise geschlagen worden müßten. So weit so gut. Nun bestehen aber diese angeblich hohen Belastungen nicht erst seit Monats August, dem Beginn der fortwährenden Preissteigerungen; sie waren schon lange vorher da. Also müssen andere Kräfte am Werke sein.

Nichtsdestoweniger schenkte die Regierung den Klagen über zu hohe Belastungen willig Gehör. Sie stellte ein Preislenkungsprogramm auf, das nach Annahme des Londoner Paktes die Grundlage für ein neues Aufblühen der Wirtschaft geben soll. An erster Stelle jenes Programms stand die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 Proz. Ferner sollten die Eisenbahntarife ermäßigt, die Kohlenpreise gesenkt und nennenswerte Erleichterungen in der Kreditbeschaffung durchgeführt werden.

Dieses Programm zur Verbilligung und Erneuerung der Wirtschaft ist von der Regierung schnell zur Ein- und Durchführung gebracht worden. Vom 1. Oktober d. J. an hat sie die Umsatzsteuer tatsächlich von 2½ auf 2 Proz. herabgesetzt. Die Normalklassen des Eisenbahngütertarifs, die Sätze des Tierarifs, des Kohlenausnahmetarifs sind mit Wirkung vom 10. September d. J. um rund 10 Proz. ermäßigt worden. Ferner wurde der sogenannte Gewichtszuschlag für Güterbeförderungen in gedeckten Eisenbahnwagen von 10 auf 5 Proz. herabgesetzt. Die Ermäßigung der übrigen Ausnahmetarife steht bevor. Die Preise für Steinkohle wurden vom 18. September für das schlesische Revier, vom 1. Oktober für das Ruhrgebiet um etwa 10 Proz. gesenkt. Endlich hat die Reichsbank das seit 7. April d. J. bestehende Diskontierungskontingent um 10 Proz. erhöht und die „Bauzeit“ für Warenwechsel von 2 auf 3 Monate verlängert.

Sicherlich hat kein Einsichtiger von diesen Maßnahmen ein unmittelbares Sinken der Preise erwartet. Solche Eingriffe in wirtschaftliche Dinge können sich natürlich erst in angemessener Zeit auswirken. Aber ein weiteres Steigen der Preise, wie es zum Entsetzen aller Verbraucher, besonders der werktätigen Be-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.

Gerstengraupen, lose ..	18,50—24,50	Kakao, fettarm	75,00—96,00
Gerstengraupen, lose ..	17,50—18,00	Kakao, leicht entölt ..	100,00—120,00
Haferslocken, lose ..	21,00—22,50	Tea, Souchon, gepackt ..	320,00—400,00
Hafersgrütze, lose ..	20,50—22,50	Tea, indischer, gepackt ..	400,00—470,00
Roggenmehl 0/1	20,00—21,50	Inländischer basis mel ..	34,00—37,00
Weizenmehl	21,50—24,25	Inländischer Raffinade ..	40,50
Hartweizen	25,00—26,75	Zucker Wirtel	42,00—45,00
70% Weizenmehl	19,25—21,00	Kunsthonig	39,00—42,00
Weizen-Auszugmehl ..	21,25—23,00	Zuckersirup hell in Eim ..	40,00—45,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	18,00—24,50	Speisesirup dunkl. in Eim ..	27,00—31,00
Speiseerbsen, kleine ..	16,00—18,50	Marmelade Einfr. Erdb. ..	90,00—95,00
Bohnen, weiße, Perl ..	22,00—24,75	Marmelade Vierfrucht ..	40,00
Langbohnen, handverles ..	28,00—32,00	Pflaumenmus in Eimern ..	43,00—47,00
Linsen, kleine	18,50—29,50	Steinsalz, in Säcken ..	3,10—3,60
Linsen, mittel	31,00—37,50	3,70—4,20
Linsen, große	32,50—51,00	Siedesalz in Säcken ..	4,40—5,40
Kartoffelmehl	17,75—19,50	5,20—5,80
Makkaroni	43,00—46,00	Bratenschmalz in Tierces ..	98,50—99,50
Makkaronimehl	38,00—39,00	Bratenschmalz in Kùbeln ..	99,00—100,00
Schnittmehl, lose	25,00—28,00	Purelard in Tierces	—
Bruchreis	17,50—18,00	Purelard in Kisten	95,00—97,00
Rangoon Reis	19,00—20,00	Speisetalg in Packung ..	65,00—66,00
Tafelreis, glasiert, Patna ..	24,25—32,00	Speisetalg in Kùbeln ..	—
Tafelreis, Java	32,75—39,00	Margarine, Handelsm. I ..	66,00
Ringapfel, amerik.	85,00—90,00	desgl. II	60,00—63,00
Getr. Pflaumen 90/100 ..	49,00—61,50	Margarine, Spezialm. I ..	80,00—84,00
Pflaumen, entsteint	54,00—63,00	desgl. II	60,00—71,00
Cal. Pflaumen 90/50	60,00—65,00	Molkereibutter Ia i. Fass ..	220,00—226,00
Rosinen in Kisten, Candia ..	60,00—70,00	Molkereibutter I i. Fass ..	230,00—233,00
Sultaninen Charabum ..	75,00—90,00	Molkereibutter Ia i. Pack. ..	190,00—200,00
Korinthen, choice	70,00—78,00	Molkereibutter I i. Pack. ..	190,00—210,00
Mandeln, süße Bari	175,00—185,00	Auslandbutter in Fässern ..	235,00—242,00
Mandeln, bittere Bari ..	106,00—115,00	Corned beef 12½ lbs p. K. ..	37,00—42,00
Zimt (Cassia)	175,00—185,00	Ausl. Speck, geräuchert ..	103,00—108,00
Kümmel, holländischer ..	55,00—65,00	Quadratkäse	50,00—60,00
Schwarzer Pfeffer-Singap. ..	188,00—195,00	Tilsiter Käse, vollfett ..	120,00—135,00
Weißer Pfeffer	150,00—155,00	Bayr. Emmenthaler	160,00—170,00
Rohkaffee Brasil	195,00—220,00	Echter Emmenthaler	160,00—170,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	238,00—290,00	Ausl. ungesch. Condens- ..	175,00—185,00
Röstkaffee Brasil	200,00—290,00	milch 48/16	21,00—23,50
Röstkaffee Zentralam.	310,00—375,00	Inländische desgl. 48/12 ..	16,50—19,25
Röstgetreide, lose	20,00—21,00	Inl. ger. Condensm. 48/14 ..	25,00—26,00

völkerung, trotz der in Kraft befindlichen Preislenkungsmaßnahmen vor sich geht, ist einfach ein Skandal. Nach den amtlichen Meldungen über Roggenbrot- und Weizenmehlspreise in den Gliedergemeinden ergeben sich zum Teil ungeheuerliche Preiserhöhungen. So stieg z. B. der Preis für Roggenbrot in Leipzig von 24 Pf. Anfang Juli auf 37 Pf. Anfang Oktober. In Königsberg im gleichen Zeitraum von 30 auf 42 Pf., in Lübeck von 20 auf 30 Pf., in Chemnitz von 28 auf 38 Pf. Der Preis für Weizenmehl stieg von Juli bis Anfang Oktober in Mannheim von 40 auf 48 Pf., in Frankfurt a. M. von 38 auf 50 Pf., in Hamburg gar von 36 auf 50 Pf. Die Lebenshaltungskosten haben sich infolge der Preissteigerung fortgesetzt erhöht. Der Reichsindex für die Lebenshaltung betrug am 3. September 1.15, am 15. Oktober aber bereits 1.23. Die Steigerung allein in der ersten Hälfte des Oktober beträgt 3,4 Proz.

Diese Preissteigerungen kann zunächst die Regierung nicht latentlos hinnehmen. Was nützen alle Preislenkungsmaßnahmen, wenn auf der anderen Seite den skrupellosen Preistreibern, Kartellen, sonstigen Handelsorganisationen, nicht das gemeingefährliche Handwerk gelegt wird? Bis jetzt bedeuten die Ermäßigungen der Steuern und Frachten, Kreditversicherungen usw. in Wahrheit einen Zuschuß auf Kosten der Allgemeinheit an die Preistreiber.

Die Ursache der Preisaufliebbewegung ist die neue Zollvorlage. Zölle wirken ihrem eigentlichen Wesen entsprechend preissteigernd. Um dieses Wesen der Zölle zu verschleiern, soll der Preisprüfung nicht jäh mit einemmal, sondern allmählich erfolgen. Preislenkungsmaßnahmen — und Zollvorlage: ein unlösbarer Widerspruch. Wenn das Unheil nicht niedergeschlagen wird, dann wird die deutsche Wirtschaft über kurz oder lang der Schauplatz schwerer Wirtschaftskämpfe sein.

Reichseinnahmen im ersten Steuerhalbjahr.

Die Einnahmen des Reiches aus Steuern, Zöllen und Abgaben entwickelten sich im September und im ersten Halbjahr gegenüber dem Voranschlag wie folgt:

	September 1. Halbj.	Voran- schlag	Staatsjahr 1924
	(in 1000 Goldmark)		
a) Fortdauernde Steuern	480 394	2 617 238	4 108 000
dabon:			
Lohnabzüge	118 485	592 449	1 344 000
Andere Einkommensteuer ..	55 481	404 758	144 000
Körperschaftsteuer	25 360	143 978	144 000
Vermögenssteuer	28 310	178 282	876 000
Erbischaftsteuer	2 257	8 561	30 000
Umsatzsteuer:			
a) allgemeine	144 965	862 058	1 260 000
b) Luxussteuer	8 786	51 556	180 000
Kapitalverkehrssteuer	16 190	80 514	198 000
b) einmalige Steuern	4 155	30 726	36 000
dabon:			
Arbeitsverabgabe	304	4 006	—
Besig- u. Verkehrssteuer ..	484 550	2 647 965	4 144 000
c) Zölle und Verbrauch	124 181	645 531	1 099 700
dabon:			
Zölle	23 705	136 512	180 000
Tabaksteuer	41 289	231 125	360 000
Viersteuer	18 808	101 403	126 000
Weinsteuer	8 921	38 815	48 000
Branntweinmonopol	11 318	56 528	140 000
Zuckersteuer	19 204	90 974	231 000
Salzsteuer	499	2 201	9 100
Süßwarensteuer	1 210	8 756	12 600
insgesamt	609 207	3 299 193	5 243 747

Das erste Semester schließt günstig ab und übertrifft den Voranschlag rein rechnerisch um rund 680 Millionen. An dem günstigen Ausfall ist beteiligt u. a. der Lohnabzug, die Umsatzsteuer und die Körperschaftsteuern, Zölle usw. (besonders Bier- und Weinsteuer). Unzureichend sind die Erträge der Luxussteuer, Erbschaftsteuer (wo sich die Hinterziehungen a la Stimmes wahrscheinlich auswirken), die Kapitalverkehrssteuern (die reformbedürftig erscheinen), die Zuckersteuer usw.

Bei der Beurteilung des Aufkommens darf allerdings nicht vergessen werden, daß das Aufkommen durch Zölle und Verbrauch in Zukunft dem Rahmen des Budgets entnommen wird. Bekanntlich laufen die Einnahmen schon seit dem 1. Oktober 1924 über das Entschädigungskonto. Dadurch machen sich neue Steuern, ev. Verschärfung bestehender Steuern notwendig, deren Vorbereitung augenblicklich im Finanzministerium schon ziemlich weit gediehen ist.

Internationales Jahrbuch des Genossenschaftswesens.

Das Internationale Arbeitsamt hat eben eine Neuauflage seines „Internationalen Jahrbuches des Genossenschaftswesens“ veröffentlicht, das möglichst genaue Angaben bringt über erstens internationale genossenschaftliche Organisationen; zweitens die Organisationen (Verbände usw.), die in den einzelnen Ländern für die verschiedenen Organisationsarten und Tendenzen innerhalb der Bewegung bestimmt sind. Der erste Teil des Buches umfaßt eine Liste der internationalen Organisationen, auf die nach 48 Ländern geordnete Listen von mehr als 500 nationalen Organisationen folgen. Soweit möglich ist für jede Organisation angegeben: Der Name, das Gründungsdatum, die hauptsächlichsten Beamten, ihre Zeitschrift, ihre nationalen und internationalen Anschläge, die jüngste erhaltene Mitgliederzahl. Der zweite Teil ist für ergänzende zahlenmäßige Angaben über die verschiedenen Tätigkeiten der Organisationen in Tabellenform vorbehalten.

Die erste dieser Tabellen enthält Angaben über die verschiedenen Spitzenorganisationen angeschlossener Genossenschaften, deren Zahl die Zahl ihrer Einzelmisglieder und den Warenumsatz. Die zweite Tabelle betrifft die Geschäftstätigkeit der Zentralen. Die Angaben beziehen sich auf den Warenumsatz der Zentralen, und zwar an Mitglieder, an Produkten ihrer Mitglieder und insgesamt. Auszufüllt wird auch gegeben über den Wert der Eigenproduktion und die Zahl der in eigenen Betrieben beschäftigten Personen. Eine dritte Tabelle unterrichtet über die genossenschaftliche Banktätigkeit, und zwar über das Gesamtkapital der Banken, die Reservefonds, den Aktiva- und Passiva der Banken, den Betrag der Gewinne und Verlustrechnung und endlich über den Betrag der gewährten Darlehen und der im Laufe des Jahres eskomptierten Effekten. Die letzte Tabelle bezieht sich auf Versicherungsgenossenschaften. Sie gibt für jede derselben an: Die Zahl der Versicherten (Zahl der Policen), die Gesamtversicherungssummen; den Betrag der Versicherungsprämien im Laufe des Jahres; die Versicherungsleistungen während des Jahres und den Betrag der Bilanz.

Dixin

Henkel's Seifenpulver



ist sparsam im Gebrauch und von ausgezeichneter Waschwirkung.

